

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monatelich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wochentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Besprechungs-Belegungen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Simplontunnel.

Nach Ueberwindung ungeheurer und zum großen Teil nicht vorhergesehener Schwierigkeiten sind die Tunnelarbeiten im Simplon so weit vorgeschritten, daß jeden Augenblick der Durchschlag erfolgen kann und wohl schon geschehen ist, wenn diese Zeilen im Drucke vorliegen.

Das Ereignis regt dazu an, einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Simplontunnels zu werfen. War es der erste Napoleon, der in den sechs Jahren von 1800 bis 1806 mit einem Geldauswand von 18 Millionen Frank eine 66 1/2 Kilometer lange und 8 Meter breite Straße über den Simplon herstellen ließ, die bis heute für den Verkehr zwischen der Schweiz und Italien stark benutzt wurde, trotz der Gotthardbahn, so war es im Jahre 1854 eine französische Gesellschaft, die die erste Konzession für den Simplondurchstich erwarb, davon jedoch keinen Gebrauch machte. 1866 erlangte eine italienische Gesellschaft die Konzession, sie baute auch eine kurze Teilstrecke gegen den Simplon zu, wurde dann aber insolvent und das großartige Projekt blieb wieder unausgeführt. Im Jahre 1874 erlangte die Jura-Simplon-Bahn-Gesellschaft die Konzession und sie setzte sich zunächst mit den Regierungen von Frankreich und Italien in Verbindung, die beide an dem Simplondurchstich sehr stark interessiert sind. Die französische Kammer hatte früher schon sich wiederholt mit diesem neuen Verkehrswege beschäftigt und am 21. Juni 1870 über eine von der Regierung verlangte Subvention von 40 Millionen Frank verhandelt. Durch den bald darauf mit Deutschland entbrannten Krieg geriet die Angelegenheit völlig in den Hintergrund. Aber im Jahre 1873 griff sie die republikanische Regierung wieder auf, sie verlangte 48 Millionen Frank, allein ihre Vorlage ist in den Generalräten, Handelskammern und Kommissionen stecken geblieben und nie erledigt worden. Neue Anregungen von schweizerischer Seite wurden seitens der französischen Regierung nicht einmal einer Antwort gewürdigt.

Die Verhandlungen wurden also nur zwischen der Schweiz und Italien geführt und nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht, wobei freilich alle Vorteile auf Seite Italiens waren und sind. Entgegen der ursprünglichen Absicht der Schweiz, einen Simplontunnel von 16 070 Meter Länge herzustellen, wovon nur 240 Meter auf italienisches Gebiet entfallen sollten, gelangte das nun durchgeführte Tunnelprojekt zur Annahme, wonach der Tunnel eine Länge von 19 730 Meter erhielt, wovon 9100 Meter auf schweizerisches und 10 620 Meter auf italienisches Gebiet entfallen.

Die Kosten dieses Projektes, einschließlich der Zufahrtslinien auf beiden Seiten, wurden auf 40 Millionen Frank veranschlagt. Davon sollten die Schweiz 20, Italien 15 Millionen Frank Subventionen zahlen. Geleistet wurden von der Schweiz 16 200 000 Fr., wovon 4 1/2 Millionen vom Bunde und 11 700 000 Fr. von den welschen Kantonen und Städten. Der italienische Staat aber leistete gar nichts, hingegen übernahm die zunächst interessierten Landesteile und Städte (Mailand und Genua) eine Beitragsleistung von 4 Millionen Frank. Die italienische Regierung verpflichtete sich nur, was doch selbstverständlich, für die Anschlusslinien auf ihrem Gebiet zu sorgen, ferner eine Jahressubvention von 68 000 Fr. an die Simplongesellschaft zu leisten. Die Schweiz übernahm dann aber noch die Garantie für eine Anleihe der Jura-Simplon-Bahn-Gesellschaft von 60 Millionen Frank und für die Verzinsung zu 3 1/2 Proz. zur Ausführung des Simplontunnels.

Die Ausführung der Bauarbeiten übernahm ein unter dem Namen „Simplonunternehmung“ gebildetes Konsortium, das aus den Firmen Brandt, Brandau u. Cie., Baunternehmung in Hamburg, Locher u. Cie. in Zürich, Gebr. Sulzer, Maschinenfabrik in Winterthur und der Bank in Winterthur gebildet wurde. Das Konsortium übernahm den Tunnelbau für die Summe von 69 1/2 Millionen Franken und wurde der bezügliche Vertrag am 13. April 1898 abgeschlossen und mit dem 13. August 1898 in Kraft erklärt. Ein Vierteljahr später, am 13. November 1898 wurden die Arbeiten auf der Nordseite, einige Wochen später auf der Südseite begonnen. Die Bauzeit war auf 5 1/2 Jahre festgesetzt. Die Tunnelanlage sollte am 13. Mai 1904 fertiggestellt sein. Für jeden Tag, um den die Tunnelanlage früher fertig würde, war der Unternehmung eine Prämie von 5000 Franken zugesichert, andererseits sollte sie für jeden Tag, den sie länger zur Herstellung des Bauwerkes brauchte, eine Konditionalstrafe in gleicher Höhe zahlen. Tatsächlich blieb diese Klausel nur auf dem Papier.

Mit seinen rund 20 Kilometern ist der Simplontunnel der längste Tunnel der Erde. Der Gotthardtunnel hat eine Länge von 14 990 Meter, der Mont-Cenis-Tunnel von 12 240, der Arlberg-Tunnel von 10 270, der Genoitunnel von 8298, der Bergallotunnel von 7972 Meter. Der Simplontunnel übertrifft also den bisher längsten Gotthardtunnel um fünf Kilometer. Der neue Tunnel beginnt bei Brig auf der schweizer Seite und endigt bei Ivrea auf italienischer Seite. Der Anfang liegt in einer Meereshöhe von 686 Meter. Mit einer Steigung von zwei Meter pro Kilometer steigt der Tunnel bis zur Höhe von 704 Meter an, geht dann auf einer Strecke von 500 Meter horizontal und fällt hierauf mit sieben Meter pro Kilometer nach dem süd-

lichen Ausgange hinab, der in einer Meereshöhe von 634 Meter liegt. Zwischen den beiden Ausgangspunkten besteht also ein Höhenunterschied von 52 Meter.

Der Simplontunnel ist ein sogenannter Vastunnel, d. h. er ist im Gegensatz zu anderen durch hohe Berge führenden Tunneln in einem verhältnismäßig tiefen Teile des Berges gehöhrt, 3518 Meter unter dem Gipfel des Monte Leone. Diese geringe Steigung hat zur Folge eine Verbilligung der Betriebskosten, da die Bahnzüge nicht hoch geschleppt werden müssen, wie zum Beispiel zum Gotthardtunnel, der 1145 Meter hoch liegt (Mont-Cenis-Tunnel 1299, Arlberg-Tunnel 1394 Meter). Andererseits verursacht allerdings die tiefe Lage des Simplontunnels seine größere Länge, die das Bauwerk kostspieliger gestaltete.

Das Simplon-Bauwerk besteht aus zwei Tunneln, die in einer Entfernung von 17 Meter parallel laufen und in Zwischenräumen von je 200 Meter durch Quergänge mit einander verbunden werden. In der Mitte des Berges vereinigen sich die beiden geradlinigen Tunneln auf einer Länge von 500 Meter zu einer einzigen Galerie mit einem Ausweichgleise. Die beiden Tunneln dienen nicht nur zu den Gleisanlagen, sondern auch zur Förderung der Arbeiten im Innern des Tunneln. Je tiefer die Lage, desto höher ist die Temperatur, die hier auf 40, 50 und 60 Grad Celsius stieg, während sie in dem höher gelegenen Gotthardtunnel nur auf 30,8 Grad Celsius stieg, aber da bereits für die Arbeiter wie für die Arbeitstiere die verheerendsten Folgen hatte, so daß 60 Prozent aller Arbeiter an der Anämie (Blutleere) erkrankten, die Arbeitstiere von 7 auf 5 Stunden herabgesetzt und die Löhne um 25 Prozent erhöht werden mußten. Man war geradezu an der Grenze der Leistungsfähigkeit von Mensch und Tier angelangt und atmete erleichtert auf, als endlich der Durchschlag erfolgte und die natürliche Ventilation bessere Luft und Abkühlung brachte. Beim Bau des Simplontunnels wurde durch den Seitenstollen beständig frische Luft zugeführt und die schlechte Luft durch den Arbeitsstollen hinausgetrieben.

Als Betriebskraft für die Ventilationsanlagen wie für die Tunnelbohrmaschine, für die elektrische Beleuchtung, für den Betrieb der mechanischen Werkstätten in Brig und für noch andere Zwecke wurden auf der Nordseite die Wasserkräfte der Rhone, auf der Südseite die der Diviera benutzt. Die neue Bohrmaschine ist eine Erfindung des schon ein Jahr nach dem Beginn der Arbeiten verstorbenen Ingenieurs Brandt.

Bei dem Tunnelbau erwiesen sich nicht alle Voraussetzungen als richtig und manche unerwarteten Schwierigkeiten stellten sich ein. Sowohl die Annahmen bezüglich des Wechsels der Gesteinsarten als auch des Eintritts der Wasserergüsse und der Höhe der Temperatur erwiesen sich mehrfach als unzutreffend. In der Tiefe von 9100 Meter stieg die Temperatur auf 50, stellenweise sogar auf 62 Grad Celsius. Einige hundert Meter weiter drinnen, bei 9573 Meter von der Nordseite aus, sprang eine neue heiße Quelle mit 50 bis 60 Grad Celsius, so daß den an den vordersten Stellen arbeitenden Minierern die Füße verbrannt wurden.

Diese großen Schwierigkeiten veranlaßten den autokratischen Sulzer-Ziegler zu einem Angriff auf die Geologen, worauf der Züricher Universitätsprofessor Dr. Heim eine Streitschrift veröffentlichte.

Die eingetretenen großen Hindernisse hatten verschiedene Folgen. Einmal war der ursprüngliche Endtermin vom 13. Mai 1904 für die Fertigstellung des Tunneln und der 30. April 1905 für die Eröffnung der neuen Verbindung nicht einzuhalten, die Verzögerung beträgt fast ein Jahr. Sodann forderte die Tunnelunternehmung vom Bunde, nachdem er die Jura-Simplonbahn angekauft hatte, eine Nachzahlung von 8 Millionen Frank, die ihr auch bewilligt wurden. Für den Fall der Verweigerung hatte sie mit Einstellung der Arbeiten, also mit Streik gedroht.

Weiter konnten die Arbeiten nicht auf beiden Seiten des Tunneln bis zum Durchschlag fortgeführt, sondern sie mußten wegen des großen Wasserandranges auf der Nordseite, nachdem das Wasser durch ein großes eisernes Thor vor dem Auslaufen in den Tunnel abgeseptert war, eingestellt werden. Man hoffte, von der Südseite allein schnell zum Durchschlag zu kommen und stellte hierfür naheinander den August, Oktober, Dezember und Januar in Aussicht, um jedoch infolge neuer Ueberraschungen den Endtermin immer wieder aus neue hinauschieben zu müssen. Nun ist aber doch das Ziel erreicht und das Zusammentreffen der beiden Tunnelenden ist von der Unternehmung so gedacht und geplant, daß der obere Rand des Südstollens an die Sohle des Nordstollens herangeführt wird. Die letzte Zwischenstrecke zwischen den Enden wird dann durch Bohrung geöffnet, so daß die gegenwärtig im Nordstollen liegenden gewaltigen Wassermengen durch die Vohröffnung in den Südstollen und von diesem durch künstliche Vorrichtungen hinausgeleitet werden. Man rechnet, daß auf diese Weise die Wasserentleerung des nördlichen Tunneln in etwa acht Tagen vollzogen sein wird.

Ist einmal der Richtigstollen durchgeschlagen, so sind für die Ausweitung und Ausmauerung des Tunneln immer noch fünf bis 6 Monate erforderlich.

Im günstigsten Falle wird es Spätherbst werden, bis der Betrieb eröffnet werden kann. Das eine nur ist sicher, daß die Vannunternehmung des Tunneln sowohl wie die Generaldirektion der Bundesbahnen alles anbietet, um das große Werk so schnell als möglich vollenden und in Betrieb setzen zu können. Mit der Veranstaltung ihrer Er-

öffnungsausstellung im Frühjahr 1906 haben also die Mailänder keinen zu späten Termin gewählt.

Arbeiter waren zu gleicher Zeit im Maximum 3229, davon 2223 im Tunnel und 1006 außerhalb desselben beschäftigt, die wohl ausschließlich Italiener waren. Die allgemeine Aufmerksamkeit wurde auf sie gelenkt durch die wiederholten Streiks, deren einer Ende 1899 ein allgemeiner war und bei dem es sich um die Abschaffung der Akkordarbeit, die Einführung der acht- bezw. der sechsstündigen effektiven Arbeitszeit für die Tunnel-, der zehnstündigen für die Außenarbeiter, vierstündigen für die Wasserarbeiter, Anerkennung der Gewerkschaft, bessere Durchführung des Haftpflichtgesetzes handelte. Die Außenarbeiter mußten 12, die Tunnelarbeiter 10 Stunden inklusive der Ein- und Ausfahrt arbeiten. Die Arbeitslöhne betrugen 3 Fr. für Handlanger, 3,50 Fr. für die Handbohrer, 3,60 Fr. für die anderen Bohrarbeiter, 4 Fr. für die Maurer und 4,50 Fr. für die Mineure an der Bohrmaschine. Angesichts der Lauerung auf dem Simplon waren das an sich schlechte Löhne, angesichts der unendlich großen Gefahren für die Gesundheit und das Leben aber wahre Hungerlöhne. Trotzdem blieben die Streiks erfolglos. Die republikanische Polizei und Miliz des katholisch-fremden Kantons Wallis ergriff die Partei des protestantischen Kapitals und schlug den Streit ihrer armen italienischen Glaubensgenossen nieder! Um so fetter sind die Millionenengewinne der Unternehmer trotz aller Schwierigkeiten. Welche Opfer an Gesundheit, an geraden Gliedern, am Leben die Arbeiter bringen mußten, erfährt man vielleicht einmal durch eine Statistik.

Der Durchschlag des Simplontunnels ist ein neuer großer Sieg des menschlichen Geistes und der menschlichen Arbeit, ein neuer großer Fortschritt der Kultur — aber er fällt gerade in eine Zeit, da durch die neuen Handelsverträge neue und höhere Zollschranken aufgerichtet werden. Der Wahnsinn des Kapitalismus, der seiner eigenen Werte spottet. Aber dennoch ist das große Werk nicht umsonst getan, es ist eine wertvolle Vorarbeit für eine spätere und bessere Zeit, für Völkerverbrüderung und Völkerverbindung!

D. Z.

Brig, 23. Februar. (W. T. V.) Der Augenblick des Durchschlags des Simplontunnels rückt näher. Der Wasserstand in der Nordgalerie sinkt merklich; man hat die größten Vorsichtsmaßregeln ergriffen, um einen plötzlichen Wassereinsturz auf der Südseite des Simplontunnels zu vermeiden, wo die Handbohrung langsam fortschreitet.

Bern, 23. Februar. (W. T. V.) Die bis 7 Uhr abends bei der Schweizerischen Depesch-Agentur über die Durchbohrung des Simplontunnels eingegangenen Meldungen sind widersprechend. Eine Depesche aus Gondo, wonach der Durchbruch erfolgt wäre, ist noch nicht eingetroffen. Die letzten Nachrichten von dort ließen annehmen, daß der Durchbruch in dieser Nacht oder morgen erfolgen werde; große Schneefälle erschweren aber sehr die telegraphische Verständigung. Die schnelle Abnahme des heißen Wassers in der Nordgalerie veranlaßte in Brig die Annahme, die Durchbohrung sei heute nachmittag vollzogen. Die Annahme ist wahrscheinlich richtig.

Die Revolution in Rußland.

In Rußisch-Polen, wo in der letzten Zeit die Arbeit wieder aufgenommen sein sollte, ist — nach offiziellen Telegrammen — der Ausstand mit aller Gewalt aufs neue ausgebrochen. Unbestimmte Telegramme melden schwere Unruhen in Warschau. Der Eisenbahnerstreik dauert an.

Dunkle Börsengerüchte berichten von einem neuen „blutigen Attentat“ in Petersburg; irgend welche Bestätigungen liegen bis zur Stunde nicht vor.

Aus dem Kaukasusgebiet des Kaukasus verlautet gerücheweise, daß sich dort bereits eine provisorische revolutionäre Regierung gebildet habe.

Die Bewegung in Rußisch-Polen.

Warschau, 23. Februar. In der unteren Stadt sind schwere Unruhen ausgebrochen. Truppen sind eingetroffen.

Die Arbeiter der Gasfabrik legten die Arbeit nieder.

Lodz, 23. Februar. Heute wird hier nur in kleinen Fabriken gearbeitet; in den großen wurde wegen Widerstands der Jugendstände, die am Montag den Arbeitern gemacht waren, die Arbeit niedergelegt.

Die hiesigen Eisenbahnbeamten sind hier in den Ausstand getreten. Die Güter- und Personenzüge wurden angehalten.

In der Handelsschule wurde der Unterricht eingestellt.

Warschau, 23. Februar. Die Schaffner der Reichsbahnen fordern Erhöhung ihres Lohnes. Der Direktor benachrichtigte die Stationsvorstände, daß er die Forderung befürworten werde und deshalb erwarte, daß die Schaffner die Ordnung nicht stören. Die Schaffner wollen bis zum 24. d. Mts. die Entscheidung abwarten.

Heute wurden hier drei Tataren verhaftet, welche eine geheime Waffeniederlage hatten.

Alle Privat-Knaben- und Mädchenschulen sind geschlossen.

Wien, 23. Februar. Nach amtlicher Meldung ist der Güterverkehr nach Sosnowice eingestellt, nur der Personenverkehr wird aufrecht erhalten.

Thorn, 23. Februar. Nach einer Meldung der „Thorner Presse“ ist infolge des gestern ausgebrochenen Ausstandes der Angestellten der Warschau-Wiener Bahn der Bahnverkehr zwischen Thorn und Warschau seit gestern abend unterbrochen.

Sinrichtung.

Die der „Kattowitzer Zeitung“ aus Warschau gemeldet wird, sollen daselbst fünf derjenigen Offiziere, die sich gegen streikende Arbeiter am grausamsten benommen, ermordet worden sein. Unter den Ermordeten befindet sich auch der Husarenhauptmann Dulinski-Sander.

Ueber den kaukasischen Kuffand

liegt heute folgende Meldung vor:

Hamburg, 23. Februar. Die Mineral-Dei-Werke Albrecht u. Co. erhielten von ihrer Filiale Waku folgendes Telegramm: Der immer noch fortwährende Kampf fordert entsetzlich viele Opfer an Menschenleben. Alle Bohrfelder haben die Arbeit eingestellt. Die Fabriken werden ebenfalls schließen müssen, da der nötige Schutz fehlt.

Wirkungen des Eisenbahnerstreiks.

Der Eisenbahner-Ausstand in Rußland macht sich jetzt bereits im internationalen Verkehr bemerkbar, wie aus der folgenden Bekanntmachung der k. k. Eisenbahndirektion Wien in der Sache der Weichselbahn gestern die Güterübernahme eingestellt hat, der Zeitpunkt der Wiederaufnahme sich nicht voraussagen läßt und ferner auf der Warschau-Wiener Eisenbahn wegen Ausstandes des Lokomotiv-Personals der gesamte Personen- und Güterverkehr ruht, werden bis auf weiteres Güter nach Rußland, sowohl über Sosnowice wie über Granica, nicht mehr aufgenommen. Alle zurzeit noch unterwegs befindlichen Güter werden den Versendern zur Verfügung gestellt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar.

Die Stadtsucht der Zollmehrheit.

Der amerikanische Staatsmann Josiah Quincy prägte einmal das wundervolle Wort von der Ferkelherde, die sich mit gräulichen Grunzen um den zu engen Futtertrog drängt. Die Aemterjäger der Vereinigten Staaten haben in den deutschen Zollnern ihre Nachahmer gefunden. Zu Scharen haben sie sich an den Zolltrog gedrängt, die Bauern aus Franken, die Hinterwälder aus Bayern, die Herrenjäger in Hinterpommern und Masowien, die sonst nur in ihrem heimatischen Krähwinkel die Würde ihres Reichstagsmandats zur Schau tragen, sie alle waren herbeigeeilt, um sich ihren Anteil an der fetten Beute zu sichern. Aber sie haben es nicht allzu lange in Berlin ausgehalten. Nicht einmal lange genug, um noch ein nachträgliches Beutestück zu ergattern, das den wühenden Augen der zöllnerischen Kerntruppe, den ostelbischen Junkern, nicht entgangen war.

Es handelte sich darum, die Steigerung der Getreidepreise zu erhöhen und zu beschleunigen. In dem in jener denkwürdigen Dezembernacht von 1902 durchgepeitschten Tarifgesetz befindet sich ein Paragraph, der die Aufhebung der Zollkredite vorsieht, die bisher den in den sogenannten Transitlagern lagernden Agrarprodukten gewährt wird. Diese Bestimmung nun sollte nach dem Wunsche der Agrarier bereits am 1. Juni d. J. in Kraft treten, während bekanntlich sonst das Inkrafttreten des Tarifes einer kaiserlichen Verordnung überlassen bleibt. Die Grafen Kanitz und Oriola mit Herrn v. Kardorff in der Mitte traten als die Arrangeure dieses kleinen Ergänzungs-Nachtrages gegen die Taschen der Protokollisten auf. Genosse Bernstein und Abg. Gothein von der Freisinnigen Vereinigung rissen ihnen die Maske ab und zeigten, daß es sich hier um ein ganz gewöhnliches Haus-Manöver handelt, wie sie, wenn sie von der Börse vorgekommen werden, die höchste sittliche Entrüstung unserer Junker zu erregen pflegen. In einer Anwendung von Schamgefühl wollte das Zentrum nicht ohne weiteres dieses Manöver mitmachen; aber ebensomenig fand es den Mut, den Antrag kurzweg abzulehnen und beantragte daher Ueberweisung an eine Kommission. Für die Linke lag keine Veranlassung vor, das Spiel irgendwie zu erleichtern: Genosse Singer beantragte namentliche Abstimmung über den Zentrumsantrag. Es ergab sich, daß von der Zollmehrheit keine 100 Mann mehr am Platze waren, und das Haus somit beschlußunfähig war.

Diesem Satirspiel ging die kurze Beratung einer freisinnigen Resolution voraus, die in verständiger Weise die Abänderung des an sich guten, aber in der Periode der Hochzollnerei veralteten Vereins-Zollgesetzes von 1869 forderte. Namentlich wollen die Antragsteller die Zollverwaltung für Schäden haftbar machen, die von Zollbeamten angerichtet werden. Hierauf wollten sich weder der Schatzsekretär v. Stengel noch die Vorsitzenden der Mehrheit einlassen. Das Zentrum spielte auch hierbei eine zweideutige Vermittlerrolle und begründete den Antrag, gegen den es sich nicht offen erklären mochte; dadurch, daß es ihn als Material dem Reichskanzler überweisen ließ. In der zweiten Sitzung dieses Tages beschäftigte sich der Reichstag mit den Teilen des Postetats, die zur Vorberatung an die Budgetkommission verwiesen und deshalb in der Plenarberatung zurückgestellt waren. Heute kam die Verhandlung trotz der langen Dauer der Sitzung über einige Titel nicht hinaus, die sich auf die Befoldung der Postunterbeamten beziehen. Wenn in Italien Genosse Bissolati den Eisenbahnarbeitern empfiehlt, vorläufig nicht in den Generalstreik zu treten, um nicht die Verstaatlichung der Eisenbahn aufzuhalten, so verläßt er sich darauf, daß ihre Forderungen vom Staate verwirklicht werden, wenn sie in öffentlicher Parlamentsitzung vorgebracht und als berechtigt erwiesen werden. In Deutschland wäre ein solcher Rat fast unverständlich. Jahr aus Jahr ein bringen beim Postetat nicht etwa nur unsere Parteigenossen, sondern auch die Freisinnigen, die Nationalliberalen und das Zentrum die berechtigten und durchaus bescheidenen Wünsche der Postunterbeamten vor. Ohne jede Einrede muß die Regierung und die Rechte zugeben, daß die Lage der Landbriefträger, der Postillone und all der anderen Klassen der Postunterbeamten überaus elend ist. Trotzdem bleiben die Resolutionen des Reichstages, die für sie Aufbesserungen verlangen, entweder völlig wirkungslos auf dem Papier oder führen zu so bedenklichen Halbheiten wie der Einrichtung der „gehobenen Stellen“. An einer reichen Fülle von einzelnen Fällen zeigte Genosse B u e i l, wie durch sie die Unterbeamten schrankenlos der Willkür der Postamtsvorsteher preisgegeben und gewaltsam in ein Gefühl der Erbitterung und des Hasses hineingetrieben werden. Trotzdem tut das Zentrum nichts zu ihrer Befreiung, und die Nationalliberalen beantragten gar, diese verwerfliche Einrichtung auf weitere Beamtenklassen auszudehnen. Mit ihnen rechnete Genosse Singer gründlich ab. Er schloß mit der Forderung einer allgemeinen, durchgreifenden und gerechten Aufbesserung der Bezüge der Unterbeamten. Aber auch heute lief die Beratung nur in die Annahme einiger halber Resolutionen und die Abgabe einiger unklarer Erklärungen des Staatssekretärs K r a f f e aus.

Morgen wird die Beratung des Postetats fortgesetzt; danach kommen die Reichsdruckerei und die Reichseisenbahnen an die Reihe.

Die akademische Freiheit und das Junkerparlament.

Eine Komödie, wie sie läppischer nicht gedacht werden kann, spielte sich am Donnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus ab. Dies Parlament, das von jeher alles aufgebieten hat, freiheitliche Regungen im Volke zu unterdrücken, gefiel sich in der Rolle des Schutzherrn der Freiheit, allerdings nur der akademischen Freiheit und auch nur der akademischen Freiheit, die es meinte. Das Publikum, das sich so zahlreich wie selten auf den Tribünen eingefunden hatte, konnte, wenn es die Geschichte des Junkerparlamentes nicht kennt, wirklich in den Glauben verlegt werden, daß hier die Freiheit zu Hause sei. Der Kenner preussischer Zustände jedoch durfte verächtlich lächeln, als der nervöse nationalliberale Prof. F r i e d b e r g, einer der Haupttruffer im Kampfe gegen sozialdemokratische Privatdozenten, oder gar Herr v. J e d l i t z, der freikonser-vative Scharfmacher, von Freiheit redete. Unwillkürlich wurde man an das Leisingische Wort erinnert, daß die Menschen am meisten von den Tugenden sprechen, die sie nicht besitzen.

Der Jarce liegen die in den letzten Wochen viel erörterten Vorgänge an einigen technischen Hochschulen zugrunde. Vorgänge, die an sich ganz belanglos sind. Die Nationalliberalen sehen in der Absendung eines Telegramms deutscher Studenten nach Innsbruck eine nationale Tat, während die Regierung und mit ihr die Rechte hierin einen Uebergriff der Studenten erblickt, die sich nach Ansicht der herrschenden Kreise nicht einmal mit den großen politischen Fragen, die das deutsche Volk bewegen, geschweige denn mit dem Sprachenstreit in Oesterreich beschäftigen dürfen. In der Forderung der Studenten, katholische Vereine zu verbieten, erblickten die nationalliberalen Kulturkämpfer ein Aufbäumen deutschen Geistes gegen den Wind, der von jenseits der Alpen zu uns herüberweht, während der Widerstand des Kultusministeriums gegen diese Forderung in ihren Augen eine Verbeugung vor dem Zentrum ist. Der ganze jämmerliche Quark hat mit dem Begriff der akademischen Freiheit auch nicht das geringste zu tun. Wenn überhaupt, so ist diese sogenannte akademische Freiheit nicht verlegt von der Regierung, die in diesem Falle wenigstens — Gerechtigkeit walten lassen wollte, sondern von den jungen Herren, die Andersgläubigen verbieten wollen, sich zu vereinigen, und von denjenigen Abgeordneten, die sich zu ihren Sachwaltern aufwachen. Wenn die Nationalliberalen in der Tat fürchten, daß das Ministerium Studt sich beim Zentrum beliebt machen will, so war die in Frage stehende Sache die denkbar ungünstigste Gelegenheit, gegen Herrn Studt vorzugehen. Nachdem die Nationalliberalen in der Volksschulfrage sich den Wünschen des Ultramontanismus gefügt haben, haben sie überhaupt jedes Recht verwirkt, sich als Hüter freiheitlicher Gesinnungen auszuspielen.

Interessant waren nur die Enthüllungen über die Art und Weise, wie der Ministerialdirektor Althoff, den die Nationalliberalen, weil er etwas zu grob gegen ihren Redner wurde, als Sündenbock in die Wüste schiden wollen. Disziplinaruntersuchungen leitet. Er verabredet mit den Studenten, gegen die die Untersuchung eingeleitet ist, ein Stelldichein in einem Restaurant, protestiert den Herren nicht, zu und entläßt sie dann in ihre Heimat. Diese Enthüllungen sind typisch für die Art, wie überhaupt die ganze Komödie aufzuführen ist. Ein blöder Anekdote!

Nach Erledigung des Hochschulfreites übermies das Haus einen freikonserватiven Antrag, der Mittel zu einer allgemeinen Schulfestfeier anlässlich des hundertsten Todestages Schillers forderte, der Unterrichtsminister zur Beratung. In der Debatte wurde gewirkt, daß es in Preußen noch Schulen gibt, auf denen der Dichter auch nicht dem Namen nach bekannt ist. Uebrigens, was hat Herr Arendt, was hat das Abgeordnetenhaus mit Schiller zu tun?

Die Weiterberatung des Kultusetats wurde auf Freitag vertagt.

Scheiterhaufen-Toleranz.

Die katholische Kirche muß ihrer Lehre nach intolerant sein. Sie darf nur sich und ihrer Lehre das ausschließliche Existenzrecht zuerkennen; denn da es nur eine offenbarte Wahrheit geben kann, würde jede Anerkennung oder Duldung einer anderen religiösen Lehre die Möglichkeit in sich schließen, daß die alleinigmächtige Kirche selbst Irreführen predige. Das hindert die katholische Kirche aber nicht, dort, wo sie in der Minderheit ist, oder wo sie von der Staatsgewalt unterdrückt wird, sich heuchlerisch in den Mantel der Toleranz zu hüllen. Insbesondere ist das Zentrum in Deutschland ein energischer Gegner der Scheiterhaufen, weil es nämlich nicht sicher ist, ob es eine aktive oder passive Rolle bei der Errichtung von solchen Bauwerken zur Erzielung christlicher Nächstenliebe spielen würde.

Das Zentrum ist gegenwärtig dabei, auf der einen Seite durch seinen Toleranzantrag im Reichstage sich die weitgehendste Duldung zu sichern, auf der anderen Seite durch den Kampf gegen die Simultanschule — von einer konfessionslosen Schule ist ja in Deutschland nicht die Rede — unter der Maske der Konfessionsfreiheit die katholische Schule durchzusetzen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die katholische Kirche in Deutschland freche Ketzerei treibt, wenn es sich für die Konfessionsfreiheit ausspricht; denn da es den Protestantismus, selbst in offiziellen Schulbüchern, für den Quell aller Unsitlichkeit erklärt, so würde es sich einer Begründung der Unsitlichkeit schuldig machen, wenn es im Ernst auch für protestantische Konfessionsparteien eintreten würde. Das Zentrum aber erhebt trotzdem diese von seinem Standpunkte aus unmögliche Forderung, weil es zunächst für sich, für die katholische Kirche, konfessionelle Schulen sichern will, um von hier aus dann den Kampf gegen jede andere religiöse Anschauung aufzunehmen.

Aber das Zentrum sollte wenigstens so klug sein, in einem Augenblick, wo es allen Anlaß hat, für Toleranz und Parität einzutreten, nicht diese Maske abzuwerfen. Aber es scheint, als ob das Zentrum seine Herrschaft im Deutschen Reich schon für so gesichert hält, daß es sich nicht einmal mehr zur Notwendigkeit der Heuchelei gezwungen sieht.

In zwei empörenden Fällen zeigt das Zentrum, was es mit der Parität und der Anerkennung anderer Konfessionen in Wahrheit auf sich hat. Der evangelische Divisionspfarrer W a s t e i n hatte in einem engeren Kreise einen Vortrag über den Ultramontanismus gehalten. Daraufhin wurde er von katholischer Seite wegen Beschimpfung der Einrichtungen der Kirche nach § 166 des Strafgesetzbuches bei seiner Militärbehörde denunziert. Die Zentrumspresse fährt nun einen erbitterten Kampf zur Beeinflussung der Militärbehörde. Sie verschmäht es nicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß ein Divisionspfarrer ein Beamter des deutschen Kriegsheeres sei, und beschuldigt sogar den Verbrecher wider die Majestät der alleinigmächtigen Kirche, daß er die Person des Kaisers in wenig respektvoller Weise in seine Schimpfereien und Spöttelereien hineingezogen habe. Man fordert gebieterisch Sühne für dieses Verbrechen. An Schamlosigkeit läßt diese Denunziantenliste nichts zu wünschen übrig.

Noch schlimmer gar liegt ein zweiter Fall. In der Nummer der „Germania“, des Zentralorgans des Zentrums, die vom 24. Februar datiert ist, findet sich ein Artikel über die protestantische Propaganda unter den Katholiken Berlins. Die „Germania“ veröffentlicht ein Rundschreiben einer „Gesellschaft zur Ausbreitung des Evangeliums“, das nichts weiter enthält, als einen Arbeitsplan für protestantische Missionsbestrebungen in katholischen Kreisen. Die „Germania“ erklärt zunächst — wir

wissen nicht warum — diese Propaganda für unerlaubt; warum soll nicht jeder Protestant wie jeder Katholik das Recht, ja nach christlicher Anschauung die Pflicht haben, Propaganda zu treiben, wo und wie er will, wenn es sich nicht gerade um staatliche Institute handelt. Es scheint, als ob die „Germania“ bereits für sich in Anspruch nimmt, die Ausübung verfassungsmäßiger Rechte von ihrer Erlaubnis abhängig zu machen.

Zunächst ist diese Auffassung, daß die durch die Kirche gebotene Propaganda unerlaubt sei, wenn sie nicht zugunsten, sondern gegen die gegen den Katholizismus gerichtet sei, nur eine Bestätigung für die prinzipielle Intoleranz des Zentrums, das die Freiheit eben nur für sich beansprucht. Von unsäglicher Gemeinheit aber ist die Denunziation, die es mit dieser Mitteilung verknüpft. Unter den Brüdern der protestantischen Mission befinden sich nämlich auch ein Italiener und ein russischer Pole, welche sich die Aufgabe gesetzt haben, unter den katholischen Italienern und Polen evangelische Propaganda zu treiben. Was tut nun die „Germania“? Sie macht darauf aufmerksam, daß diese beiden Brüder offenbar A u s l ä n d e r seien und sie fragt die königliche Staatsregierung, ob sie eine solche Propaganda von fremden Staatsangehörigen im Reichsgebiete dulden werde. Dieses Verlangen stellt das Hauptblatt des Toleranzentrums, die Vertreterin einer Kirche, welche die Mission in fremden Ländern als eine ihrer wesentlichsten Aufgaben auf ihre Fahne geschrieben hat.

Wenn die „Germania“ verlangt, daß Ausländer in Deutschland keine evangelische Propaganda treiben dürfen, obwohl Deutschland sogar ein überwiegend protestantisches Land ist, so ist nicht einzusehen, warum China oder Japan oder irgend ein anderes „Heidenland“ sich die Missionsstätigkeit der katholischen Pfaffen gefallen lassen braucht. Welches Geschrei würde entstehen, wenn China etwa alle Missionare ausweisen würde. Man würde Waffengewalt fordern, um sie dort zu schützen. Die „Germania“ aber mutet sogar einer protestantischen Bevölkerung zu, Ausländer deswegen auszuweisen, weil sie den Protestantismus verkündigen.

Wir nehmen es dem Zentrum und seiner Presse nicht übel, wenn es sich zur Intoleranz bekemmt; denn das ist das Lebensprinzip der katholischen Kirche, wohl aber ist die Gemeinheit des in diesem Falle angewandten Mittels, der Verleumdung, durch die Staatsgewalt sogar die Propaganda des Protestantismus zu unterdrücken, doch ein verräterisches Zeichen für die Zustände, denen wir allmählich entgegengehen, wenn das Zentrum bei uns an Macht zunimmt. Heute redet es noch von Toleranz, von Kampf mit geistigen Waffen, dennoch verhält es sich schon jetzt, seiner innersten Natur gemäß, Segner auf den Scheiterhaufen zu schleppen.

Deutsches Reich.

1891—1905!

Herabsetzung

der Lebensmittel-Preise.

Am 15. Dezember 1891 sprach der Kaiser bei der Einweihung des Teltower Kreishauses:

Meine Herren! Ich habe Ihnen eine Mitteilung zu machen, die vom Reichskanzler kommt:

Seiner Majestät melde ich untertänigst, daß der Reichstag seinen die Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien und Belgien in dritter Lesung bei namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen hat.

Meine Herren! Wir verdanken dieses Ergebnis der Arbeit des Reichskanzlers v. Caprivi. Dieser schlichte preussische General hat es verstanden, in zwei Jahren sich in Thematia einzuarbeiten, die zu beherrschen selbst für den Eingeweihten außerordentlich schwer ist. Mit weitem politischen Blick hat er es verstanden, im richtigen Augenblick unser Vaterland vor schwereren Gefahren zu schützen.

Es ist selbstverständlich, daß einzelne Interessen Opfer bringen müssen, damit das Wohl des Ganzen vorwärts gedrückt werde. Ich glaube aber, daß die Tat, die durch Einleitung und Abschluß der Handelsverträge für alle Mit- und Nachwelt als eines der bedeutendsten geschichtlichen Ereignisse dastehen wird, geradezu eine rettende zu nennen ist. Der Reichstag in seiner größten Mehrheit hat gezeigt, daß er den weiten politischen Blick dieses Mannes erkennt und sich ihm anschließt, und es wird dieser Reichstag sich einen Namen gemacht haben. Trotz Verdächtigungen und Schwierigkeiten, die dem Reichskanzler und meinen Vätern von verschiedensten Seiten gemacht worden sind, ist es uns gelungen, das Vaterland in diese neuen Bahnen einzulenken. Ich bin überzeugt, nicht nur unser Vaterland, sondern Millionen von Untertanen der anderen Länder, die mit uns bei dem großen Zollverband stehen, werden dereinst diesen Tag segnen. Ich fordere Sie auf, mit mir das Glas zu leeren auf das Wohl des Herrn Reichskanzlers: Seine Excellenz der General der Infanterie v. Caprivi, Graf v. Caprivi, er lebe hoch! und nochmals hoch! und zum drittenmal hoch!

Heraufsetzung

der Lebensmittel-Preise.

Am 22. Februar 1905 richtete der Kaiser an den Grafen Sillow dieses Schreiben:

Mein lieber Graf v. Sillow! Nachdem ich aus Ihrer Meldung erfahren habe, daß die verfassungsmäßige Genehmigung des Reichstages zu den neuen Handelsverträgen erfolgt ist, drängt es mich, Ihnen an diesem bedeutungsvollen Abschnitte des Vertragswerkes Meinen wärmsten Glückwunsch auszusprechen. Mit Ihnen hoffe ich zu Gott, daß die Verträge eine neue Kräftigung der deutschen Volkswirtschaft und ein neues Band friedlichen Weltfriedens zwischen dem Deutschen Reich und den uns befreundeten Ländern schaffen werden, die sich bereit erklärt haben, auf der durch sorgfältige Abwägung der beiderseitigen Interessen gewonnenen Grundlage mit uns ihre Handelsbeziehungen zu regeln. Wenn und freudig erkenne ich an, daß es vornehmlich das Verdienst Ihrer staatsmännischen Kunst und Ihrer zielbewußten Leitung der Verhandlungen gewesen ist, daß dieser schöne Erfolg trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten erreicht worden ist. Ihnen gebührt daher in erster Linie Mein Dank. Indem ich Ihnen denselben hiermit von ganzem Herzen ausspreche, bitte ich Sie zugleich, als äußeres Zeichen meiner Anerkennung und Meines Wohlwollens Meine Wünsche in Rarmor freudigst anzunehmen, welche Ihnen demnächst zugehen wird.

Ihrer treuen Dienste allezeit eingedenk verbleibe ich Ihnen dankbarer Kaiser und König Wilhelm, I. R.

Berlin, Schloß, den 22. Februar 1905
An den Reichskanzler Dr. Grafen v. Sillow.

Auch in Abstimmungsziffern des Reichstages befindet sich der Wandel der deutschen Handelspolitik zur Nichthandelspolitik.

Im Dezember 1891 wurde der österreichische Handelsvertrag mit 243 gegen 48 Stimmen der extremsten konservativen Agrarier angenommen. Die Sozialdemokratie stimmte für den Vertrag.

Am 10. März 1894 wurde der russische Handelsvertrag in der entscheidenden Abstimmung über Artikel 1 mit 200 gegen 146 Stimmen angenommen. Konservative und Reichspartei stimmte fast geschlossen gegen den Vertrag, mit ihnen Minderheiten des Zentrums und der Nationalliberalen. Alle agrarischen Elemente versuchten, die Politik der Handelsentwidelung zu verhindern. Die Sozialdemokratie rettete die „rettende Tat“.

Am 22. Februar 1905 waren die Handelsverträge so umgestaltet, daß die extremsten Agrarier für sie begeistert stimmten. Die Sozialdemokratie und ein Teil der Liberalen stimmten gegen sie.

Im Jahre 1894 wüteten die Agrarier so wild, daß v. B i l g, Führer des Bundes der Landwirte, im Zirkus Busch am 17. Februar

erhalten konnte: „Mit dem Strafgesetzbuch hat man uns bereits gedroht“. Derselbe Herr v. Bülow nannte den damaligen russischen Vertrag einen „jammervollen Vertrag“.

Am 22. Februar 1905 befehlte v. Oldenburg, Führer des Bundes der Landwirte, die Reichstagstribüne, um dem Reichskanzler Wilow seine Gratulationen darzubringen.

Die „rettende Tat“ der ersten neunziger Jahre ist 1905 als „jammervoller Vertrag“ erlitten und ausgetilgt.

Der „Marx- und Denkstein“, der 1891 errichtet wurde, ist gestürzt und zu Staub zermahlen.

Die 1894 das Strafgesetzbuch fürchtenden sind 1905 die Herrscher der Regierung.

1891 galt das Wort, „daß einzelne Interessen Opfer bringen müssen, damit das Wohl des Ganzen vorwärts gebracht werde.“

1905 gilt das Wort, daß das Wohl des Ganzen den Interessen einzelner geopfert wird! —

Eine furchtbare Gefahr droht der Sozialdemokratie in Baden. Die dortige konservative Partei hat einen Aufruf für die im Herbst dieses Jahres stattfindende Landtagswahl erlassen, in dem „der Kampf gegen alle unfeindlichen Mächte, gegen die glaubens- und vaterlandslose, thronstürzende Sozialdemokratie“ als „erste Bürgerpflicht“ erklärt wird. Das wichtigste in der Landtagswahl ist die Vernichtung der Sozialdemokratie! Die konservative Partei erhielt bei den letzten Reichstagswahlen in Baden von 329 881 abgegebenen gültigen Stimmen 2261, das sind 0,7 Prozent. Ihr Schicksal gegen die über 72 000 Stimmen zählende Sozialdemokratie erinnert an den Mops, der den Mond anbellt. —

Schiller und die Bergarbeiter.

Aus Stuttgart wird uns vom 23. Februar telegraphisch berichtet:

Der in der vorigen Woche auf Antrag der Sozialdemokraten gefasste Beschluß des Stuttgarter Gemeinderates, den notleidenden Bergarbeitern in Ruhrrevier 5000 M. zu bewilligen, hatte in der Stuttgarter nationalliberalen und konservativen Presse heftige Anfechtung erfahren, der das Zentrumblatt gar nicht, das volksparteiliche Organ nur lau entgegentrat. Vor einigen Tagen wurde denn auch bekannt, daß der Bürgerausschuß, in dem unsere Partei schwächer vertreten ist, als im Gemeinderat, in nichtöffentlicher Sitzung dem Beschlusse seine Zustimmung versagt hatte und daß die Ablehnung nur durch den Umfall von 3 volksparteilichen Mitgliedern herbeigeführt worden war.

Auf Verlangen der sozialdemokratischen Kollegialmitglieder erfolgte heute nochmalige Beratung des Gegenstandes in öffentlicher gemeinsamer Sitzung beider Kollegien. Mit den fadenscheinigsten Gründen motivierten die Vertreter der bürgerlichen Partei ihre ablehnende Haltung. Konnte die Stellung der Nationalliberalen und der Konservativen nicht überrücken, so war es bezeichnend für den wahren Charakter der süddeutschen Demokratie, daß der einzige Volksparteiler, der sich an der Debatte beteiligte, zwar die Arbeiter seines Wohlwollens versicherte, aber dem sozialdemokratischen Verlangen widersprach, von dem für Streitfälle zwischen beiden Kollegien vorgesehenen Ausweg der Durchzählung Gebrauch zu machen, wodurch die Annahme des sozialdemokratischen Antrages gesichert wäre. Unsere Genossen Mattutat und Fischer verwiesen darauf, daß nach dem Brande von H l e s u n d die Gemeinde Stuttgart sich beeilte, dem deutschen Kaiser 5000 M. für die Abgebrannten ergebenst zu Füßen zu legen und jetzt nicht zurückziehen dürfe, wo es gelte, die zehnfach schlimmere wirtschaftliche Katastrophe zu lindern, die über tausende der eigenen Volksgenossen herein-gebrochen sei. Demgegenüber vertraten die bürgerlichen Parteien die merkwürdige Katastrophentheorie, daß Ablehnen von einem unverschuldeten, die Ruhrbergleute aber von selbst verschuldetem Unglück betroffen worden seien. Die Mehrheit wollte nicht verstehen, daß der Riesenbrand im Ruhrrevier mutwillig von den Fehlkapitalisten angezündet war, und man nicht die Opfer büßen lassen dürfe für das verbrecherische Tun der Kapitalisten.

Zu dramatischer Höhe aber erhob sich die Verhandlung, als unser Genosse Würz, aufknüpfend an die zu Beginn der Sitzung erfolgte Bewilligung von 20 000 M. für eine am Todestage Schillers zu veranstaltende mimisch-choreographische Aufführung mit 10 M. Treibhüttenplätzen, den Geist Schillers heraufbeschwor und der Mehrheit zurief, sie habe kein Recht, den Namen Schillers auch nur in den Mund zu nehmen, wenn sie ihre Hilfe den Hunderttausenden von Grubenklavens versage, die im Jubeljahre Schillers, des leidenschaftlichsten moralischen Genies unter den deutschen Klassikern, in den Kampf um ihre Menschewürde gegangen seien, um endlich in ihr düsteres Dasein einen Funken Freude zu erleben. Lebte Schiller noch, so würde er sich eine solche Ehrung verbieten haben von Leuten, die verhindern helfen, daß die Tochter aus Elysium den Sklaven aus der Unterwelt erscheine.

Trotz der Bemühungen unserer Genossen erfolgte die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wiederum unter Mithilfe des Volksparteilers und Zentrumsmitglieds. Der beschämende Beschluß wirft ein bezeichnendes Licht auf die Arbeiterfreundlichkeit der süddeutschen Demokratie. Ähnlich erging es vor wenigen Tagen in Heilbronn und in Taunusstein, wo ebenfalls die Volkspartei ihre ausschlaggebende Stellung im Rathaus dazu benutzte, die Unterstützung der Bergarbeiter zu hintertreiben. —

Ein braver katholischer Kreisinspektor

Herr Dr. Hans Poppelreuter, singt im Osnabrücker „Sonntagsboten“ (Nr. 8 vom 19. Februar) folgendes „Lied des braven Bergmannes“:

1. Nun drobelt endlich einmal wieder für uns im Kopf das Reich;
Nicht steigt, vergeblich für uns, nieder
Der Berggott vom Reich
Juchhe! Verloren ist die Schlacht,
Hei, wie das Freude macht!

2. Hier sah'n wir zahllos drohend fliegen
Die Helmshüh' des Gendarm;
Der Bajonette scharfe Spitzen
Schon drohten: o des Harme!
Juchhe! Verloren ist die Schlacht,
Hei, wie das Freude macht!

3. Wie war das ach! dem Bergmann drückend,
Zu liegen brach und laut;
Zu hören hoheln, uns berückend,
Der Führer böses Wort!
Juchhe! Verloren ist die Schlacht,
Hei, wie das Freude macht!

4. Der Seile und der Räder Surren,
Wie haben wir's vernimmt!
Nur trugen wir es ohne Murren,
Gott Dank! nun's anders ist!
Juchhe! Verloren ist die Schlacht,
Hei, wie das Freude macht!

6. Wie haben nach der Erde Dunkel

Wir uns hinabgeschickt!

Nach schwarzen Diamants Gefunkel.

— Endlos der Streif' sich dehnt!

Juchhe! Verloren ist die Schlacht,

Hei, wie das Freude macht!

6. Wollt ihr vielleicht, daß wir noch mühten

Still helfen unrer Frau:

Die Kinder hüten, graben, missten

Die Jieg' im Stall, die Sau?

Juchhe! Verloren ist die Schlacht,

Hei, wie das Freude macht!

7. Nun denn, so sei der Zukunft Leuchten

Das Brudenlicht zu hauf!

Ruft laut mit Augen, freude-senchten:

Glück auf, Glück auf, Glück auf!

Juchhe, Verloren ist die Schlacht,

Hei, wie das Freude macht!

Die Verse so schlecht wie möglich, schlechter aber ist die Gesinnung, die daraus spricht. Freude über eine Niederlage der Arbeiter im Kampfe gegen das Kapital! Nicht einmal die Rechenpresse hat es gewagt, so offen ihrer Freude Ausdruck zu geben wie dieser katzenhafte „Arbeiterfreund“.

Eine Konferenz des Bergarbeiter-Verbandes für das Ruhrrevier beschloß, die Beiträge auf wöchentlich 50 Pfennig zu erhöhen. Der Verband hat seit Beginn des Streiks über 50 000 Mitglieder gewonnen. („Arbeiter-Zeitung“, Dortmund.)

Südwesafrika.

Berlin, 23. Februar. Nach einer Meldung des Generals v. Trotha vom 22. Februar wurde Anfang Februar, wahrscheinlich am 5., ein Expeditionszug unter Leitung Reich halbwegs zwischen Divilorero und Epuliro von etwa zwanzig Draugottleuten angegriffen. Der Gegner wurde zurückgeschlagen und verlor sechs tote. —

Berlin, 23. Februar. Nach einem Telegramm aus Windhof ist an Dypus gestorben: Unteroffizier Gustav Schipper, geboren 23. Februar 1883 zu Jülichhof, am 18. Februar im Lazarett Epuliro. Den Wunden erlegen ist: Reiter Johann Orphel, geboren 20. Juni 1881 zu Stralburg i. G., am 5. Januar im Gelechte bei Gochas schwerverwundet (Schuß in beide Beine). Vermißt: Sanitätsunteroffizier Emil Kramer, geboren 7. Dezember 1881 zu Sommerfeld, auf Patrouille nach Amadap zurückgelassen, seit 3. Februar vermißt.

Ausland.

Englische Pressstimmen über das Hull-Urteil.

Die Mitteilungen über die Entscheidung, welche die Hull-Kommission in ihrem Berichte kundgeben werde, veranlassen die Morgenblätter, zumeist ihre Enttäuschung auszusprechen, obgleich sie einmütig erklären, daß England sich bei der Entscheidung beruhigen müsse. „Daily Graphic“ bezeichnet die Entscheidung als durchaus unbefriedigend. „Daily Telegraph“ sagt, Rußland habe einen diplomatischen Sieg errungen. Die „Morning Post“ schreibt, das Urteil der Kommission stelle eine neue ungeheure und anfassbare Lehre auf, nämlich, daß ein friedliches, neutrales Schiff bei Ausübung seines rechtmäßigen Berufes kein Recht und keinen Schutz gegen eine kriegführende Partei habe; der Mangel an Festigkeit seitens der englischen Regierung habe die Nation in den Augen der Welt gedemütigt. „Daily Chronicle“ äußert, Rußland habe seinen ersten Sieg während des jetzigen Krieges zu verzeichnen; die Niederlage der englischen Regierung scheine vollständig zu sein. „Standard“ meint, obgleich das Urteil nicht den berechtigten Erwartungen Englands entspreche, so müsse immerhin der bestehende Enttäuschung der ungeheuren Vorteil gegenübergehalten werden, der darin liege, daß die Kommission eine Entscheidung, bei der England sich in Ehren beruhigen könne, an die Stelle des Unheils gesetzt habe, das ein Appell an die Waffen hätte mit sich bringen müssen. —

Schweiz.

Ein sozialdemokratischer Bezirksrichter in Zürich.

Zürich, 20. Februar. (Fig. Ver.) Bei der gestrigen Ersatzwahl in das Zürcher Bezirksgericht ist unser Genosse Arbeitersekretär Schächter ohne Gegenkandidaten mit 8351 Stimmen gewählt worden. Damit hat die Arbeiterschaft endlich wieder in dieser Behörde eine Vertretung.

Abermalige Verschleppung der politischen Polizei.

Im Zürcher Kantonsrat konnte heute der Kommissionsbericht über die politische Polizei wiederum nicht behandelt werden, weil — der Referent nicht erschienen war! —

Frankreich.

Deputiertenkammer. In fortgesetzter Beratung des Marinebudgets legt Lauréts Verwaltung ein gegen den neuen Flottenplan. Die Verpfichtung der Kammer, 121 Millionen jährlich während eines Zeitraumes von 12 Jahren zu bewilligen, würde jede soziale Reform unmöglich machen. Marineminister Thomson erwidert, daß man, um die Flotte im gegenwärtigen Zustande zu erhalten, jährlich die angegebene Summe aufwenden müsse. Der Minister erwidert das Haus, eine von Guishe vorgelegene Tagesordnung anzunehmen, die den Minister auffordert, in kurzen ein Programm für die Neubauten vorzulegen. Nach kurzen Bemerkungen von Caillette und Lanessan wird die Tagesordnung Guishe mit 450 gegen 108 Stimmen angenommen.

Partei-Nachrichten.

Ueber die Ursachen des Stimmenrückganges bei der Reichstags-Erhaltwahl in Jerichow I und II verhandelten die Genossen dieses Kreises in ihrer letzten Generalsversammlung. Ein eigenliches Ergebnis hatte die Verhandlung jedoch nicht. Es wurden keine ganze Reihe Meinigkeiten genannt, auch die in solchen Fällen erklärenden Behauptungen, daß von dieser oder jener Stelle nicht genug getan worden sei, wurden laut. Ein Redner gab dem Dresdener Parteitag einen Teil der Schuld, andere traten dem entgegen. Der Kandidat, Genosse Boigt, wies darauf hin, daß viele Arbeiter, die im Kreise wahlberechtigt sind, auswärts wohnen und nicht, wie bei allgemeinen Wahlen, wo das politische Leben stärker ist, nach Hause gegangen seien um zu wählen. Von anderer Seite wurde wieder gesagt, daß uns wohl die Antisemiten Stimmen abgenommen haben dürften.

Es dürften wohl alle diese Umstände ihr Teil beigetragen haben und es ist ganz gut, wenn sie untersucht werden. Nur auf einen Grund, der auch in der Versammlung ausgesprochen wurde, sollte man sich nicht stützen: Die gemeine Agitation der Gegner. Damit haben wir immer zu rechnen und sie hat noch niemals gefehlt, gleichviel ob wir Erfolge oder Niederlagen erlebt haben. Damit dürfen wir uns niemals trösten, daß die Gegner uns in zu gemeiner Weise belästigen. Die Waffen der Gegner unwirksam zu machen, ist ja gerade eine der wichtigsten Aufgaben der besonderen Wahlagitation. Sonst ist nur immer wieder dauernde allgemeine Agitation zu empfehlen, mit der die Verwirklichung der Organisation Hand in Hand gehen muß. Dieser Aufgabe hat sich die Generalversammlung der Jerichower Genossen übrigens auch gewidmet und Verbesserungen erwogen, durch welche Fortschritte erzielt werden können.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Februar 1905, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnete die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Ersatzwahlen für mehrere Ausschüsse, Verwaltungen, Deputationen und Stiftungen an Stelle der verstorbenen Stadtv. Lemde und Reichnow. Die betr. Posten werden durchweg mit Mitgliedern der freien Fraktion besetzt. Die Versammlung tritt darauf in die erste Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1905 ein.

Der Vorsitzende schlägt vor, die 5 besonderen Vorlagen, welche sich mit Gehaltsveränderungen befassen, gleichzeitig mit dem Etat zu beraten. Stadtv. Borgmann hat Bedenken gegen diese Zusammenziehung, da man höre, daß die Absicht bestehe, für diese 5 Vorlagen besondere Ausschüsse einzusetzen. Damit sei die Gefahr verbunden, daß diese Gehaltsveränderungen zum 1. April überhaupt nicht zustande kämen. Das einzig Zweckmäßige sei, die sämtlichen Vorlagen mit dem Etat zusammen zu beraten und dann ebenfalls dem Staatsauschuß zu überweisen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich die Stadtv. Cassel, Wallach, Preuß und der Vorsitzende beteiligten, wird nach dem Vorschlage des Letzteren beschloffen.

Hiernach stehen mit zur Verhandlung die Vorlagen betr. die Abänderung einiger Besoldungsordnungen für das Lehrpersonal an den höheren Lehranstalten und höheren Mädchenschulen betr. die Erhöhung der Mietentschädigung der Gemeindefullehrkräfte von 648 auf 750 M., betr. die Erhöhung des Honorars für außerordentliche Lehr- und Vertretungsstunden, betr. die in den Etat für 1905 aufzunehmenden Gehaltsveränderungen und betr. die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Jahre 1905.

Stadtkammerer Maas: Der neue Etat balanciert mit 135 Mill. Mark, einschließlich der städtischen Werke sogar mit 285 Mill. M. Aus den drei großen Steuerquellen finden 63 Millionen zu decken. Es geht auch diesmal mit 100 Proz. Einkommensteuer und 150 Proz. Realsteuern. Die Einkommensteuer bringt annähernd 32 Millionen, die Grundsteuer 22 Millionen, die Gewerbesteuer 9 Millionen. Sämtliche drei Steuern sind insgesamt nur um 1 785 000 M. höher eingestellt; ihr Eingang ist sicher. Von den festen Steuern hat die Umsatzsteuer ganz erheblich zugenommen, nämlich auf 4 921 000 M. angehört werden können. Dem Etat kamen ferner starke außerordentliche Einnahmen zugute, so der Ueberschuß aus 1903 mit 4 700 000 Mark und die Rücknahmen aus der Kirchenkauf mit 1 900 000 Mark. Da war es kein Wunder, den Etat innerhalb der 100 Proz. zu halten, trotzdem einige Einzelsteuern, wie der Kanalisations- und Schuletat, erhebliche Zuschüsse erfordern. Der Tiefhaushalt mußte diesmal beträchtlich höher dotiert werden; desgleichen haben wir im Hochhaushalt die Ausgaben sogar über die Anforderungen des Raurats hinaus erhöht, um eventuell schon für künftige magere Jahre im voraus zu sorgen. Ich empfehle den Etat Ihrer hochzuverdienenden Prüfung. (Beifall.)

Stadtv. Borgmann (soz.): Auch heute erblickt unser Etat wieder recht lang- und klanglos das Licht der Welt. Man sollte doch erwarten, daß der Oberbürgermeister uns an der Hand der Vorkommnisse des letzten Jahres einen Ausblick in die Zukunft eröffnete; seine Worte schallen doch weit hinaus und es befinden sich zahl-reiche, die Lebensinteressen der Stadt berührende Dinge in der Schwebe. Nicht ein Programm verlangen wir von ihm, aber es ist auch nicht erfindlich, so von der Hand in den Mund zu leben. Die Balance des Etats ist diesmal durch außerordentliche Einnahmen, zumal durch die Rückflüsse der Summen für Kirchenbauten herbeigeführt worden. Unsere Werke deden mit über 6 Mill. M. Bedürfnisse unseres Stadthaushalts. Den meisten Ueberschuß liefern die Gaswerke, also eine industrielle Unternehmung; umso mehr muß es Wunder nehmen, daß den Arbeitern dieser so lukrativen Werke keine Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zuteil werden soll. Wir werden darauf bei der Einzelberatung zurückkommen. Gerade von den Gaswerken kommen auch die meisten Klagen der Arbeiter. Die Koalitionsfreiheit wird dort nicht gewährt; die unteren Verwaltungsglieder scheinen noch immer nicht mit der Koalitionsfreiheit regieren zu können. Bei der Kanalisations- und Rieselfelder-Verwaltung zeigt sich das Auffallende, daß die südlichen mit Verlust und die nördlichen mit Ueberschüssen arbeiten. Hier muß große Aufmerksamkeit entfaltete und eventuell mit organisatorischen Änderungen vorgegangen werden. In den höheren Schulen haben wir mehrfach in den ersten Klassen nur eine Frequenz von 11 und 12; will Herr Cassel auch hier die Klassen zusammenlegen, wie er das für die Gemeindefullehrkräfte vorgeschlagen hat? Zum Etat für die Spiel- und Turnplätze muß darauf hingewiesen werden, daß wir immer mehr unsere noch vorhandenen öffentlichen Plätze der Bebauung ausliefern und den Kindern die Möglichkeit der Bewegung im Freien innerhalb der Stadt immer mehr verkümmern. So darf das nicht weitergehen; auf den Schmutzplätzen kann sich doch die Jugend nicht austoben. Selbst das Ministerium hat Anregungen in dieser Richtung gegeben. Nicht weniger als acht neue Reitschulen werden wir bekommen, ein sehr beklagenswerter Zustand. Unsere Sichen- und Irrenanstalten werden vielfach dazu benutzt, die Kranken aus den Krankenhäusern dahin abzuschleppen. Darunter müssen alle diejenigen leiden, welche durch eine gute Anstaltspflege wieder hergestellt werden könnten. In Rosenthal können wir auf eigenem Terrain sehr wohl ein Gebäude errichten, um diesem Uebelstand abzuhelfen. In der Krankenpflege sehen wir das männliche Personal zugunsten des weiblichen immer mehr sich reduzierend. Die Waisenverwaltung bevorzugt mehr und mehr

Die Ueberweisung in die sogenannte Kostpflege.

Das mag in Berlin noch hingehen, aber leider werden die meisten Waisen, jetzt über 5000, weit hinaus ins Land, bis nach Hinterpommern geschickt. Ich sehe darin eine Viehlosigkeit sondergleichen. (Beifall und lebhafter Widerspruch; Aufse: Röderer spricht unter großer Unruhe der Versammlung weiter.) Der Magistrat hat nun auch Besoldungsverbesserungen in Vorschlag gebracht. Im vorigen Jahre meinte der Oberbürgermeister auf eine Anregung Singers, es werde eine allgemeine Gehaltsregulierung für die nächste Zeit nicht in Aussicht zu stellen sein. Inzwischen ist ein Umschwung eingetreten; da muß man doch nach den Gründen fragen. Unsere Bureauassistenten aus dem Militärärzterstande haben, wie ich mir habe sagen lassen, ihre früheren Vorgesetzten, jetzt hohe Offiziere, für sich zu interessieren verstanden; darauf ist der Oberpräsident mit entsprechender Anregungen an den Magistrat gekommen, sodas wir es hier nicht mit einer freiwilligen Leistung desselben zu tun hätten! Die Bureauhilfsarbeiter sind gänzlich übergegangen, obwohl sie zweifellos bedürftig sind. Sollten sie zurückgestellt sein, weil sie seinerzeit ihre Beamtenqualität im Probezuge erstritten haben? Der Ausschuss wird hier verhörend eingzugreifen haben. Die Erhöhung scheint mir eine bedeutende nicht zu sein, zumal man neben der Aufbesserung des Grundgehalts eine Herabsetzung des Höchstgehalts von 5300 auf 5100 M. in Aussicht genommen hat. Voraussetzungen müssen wir auch die Absicht der Schaffung einer neuen Kategorie, der „ständigen Hilfsarbeiter“; die Kanzlei-Arbeiter kommen trotz der geplanten Erhöhung noch nicht einmal auf den täglichen Verdienst des städtischen Vollarbeiters von 3,50 M., wenn sie nicht Arbeit nach Hause nehmen und die Nacht arbeiten. Eine solche Ausbeutung der Arbeitskraft ist der Stadt Berlin unwürdig. Die Wünsche der Lehrer auf Erhöhung des Grundgehalts sind nicht erhört, sondern es ist ihnen nur ein höherer Wohnungs-geldzuschuß zugesichert worden, wovon sie doch nichts haben. — Berlin soll die reichlichste Stadt der Welt sein; aber es fehlt doch fest, daß bei starken Niederschlägen die Strassenreinigung vollständig verlagert (Stürmischer Widerspruch); in den großen Verkehrsstraßen bleiben die Schmutzstreifen oft tagelang liegen und hemmen den

Reichstag.

146. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, Müller. Die Petitionen zu den Handelsverträgen werden für erledigt erklärt. Das Haus berät alsdann über die Resolutionen zu den Handelsverträgen.

Die Resolution Meiß (fr. Sp.) und Genossen wünscht eine Novelle zum Vereins-Zollgesetz von 1869, in der geregelt werden: 1. Haftung der Zollverwaltung für Verschulden ihrer Beamten; 2. Entscheidung der Beschwerden durch eine richterliche Reichs-Zentralstelle nach Anhörung von Sachverständigen; 3. bindende Kraft amtlicher Auskünfte; 4. Abgrenzung der Haftung zwischen der Eisenbahn- und der Zollverwaltung; 5. einheitliche Regelung des Veredelungsverkehrs; 6. Abänderung der Strafbestimmungen, insbesondere Befreiung der Konfiskation bei Zollverurteilungen.

Eine Resolution Graf Kanitz (L.) und v. Kardorff (Sp.) und Genossen verlangt, daß der § 12 des Tarifgesetzes von 1902 am 1. Juni 1905 in Kraft tritt. Der § 12 bestimmt, daß die Zölle bis zu drei Monaten gestundet werden können, daß aber die Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Raps, Wehl, Malz usw. von dieser Stundung ausgenommen sind und für die Zeit der Lagerung dieser Waren in Zöllern mit 4 Proz. zu verzinsen sind.

Abg. Kacupf (fr. Sp.): Das Vereinszollgesetz von 1869 ist veraltet; es paßt für unsere Zeit um so weniger, als es in einer durchaus freihändlerisch gerichteten Epoche erlassen wurde, während wir jetzt in einer Periode der entschiedensten Schutzzöllerei leben. Die Zollniederlagen-Verwaltungen müssen dieselben Verpflichtungen übernehmen, die durch die §§ 300 und 417 des Handelsgesetzbuches den kaufmännischen Lagerhaltern auferlegt werden. Keinerseits wichtig ist die Abgrenzung der Haftung der Eisenbahnverwaltung. Die Eisenbahnschuppen, in denen Zollgüter lagern, stehen unter Aufsicht der Zollbehörde. Die Eisenbahnverwaltung behauptet nun, daß sie nur bis zur Ablieferung der betreffenden Ware an den Zoll- und Revisionsschuppen zu haften habe. (Hört! hört!) Die Zollverwaltung ihrerseits lehnt die Haftung ab, weil sie an den Güterschuppen der Eisenbahnen keinen Mißbrauch habe. So geht keiner von den Seiten. (Heiterkeit und Hört! hört! links.) Dieser Zustand bedarf unbedingt der Änderung. (Bravo! links.) Ebenso ist dringend notwendig die Einführung einer richterlichen Reichs-Zentralstelle zur Entscheidung von Zollbeschwerden, wie eine solche 1866 dem Abg. Ausfeld und Genossen gefordert wurde. Ferner muß durch Reichsgesetz den amtlichen Auskünften über Zollfrage bindende Kraft beigelegt werden; es darf nicht mehr vorkommen, daß trotz erteilter amtlicher Auskunft Nach-Erhebungen stattfinden. Auch muß das Zollstrafrecht in Einklang mit den Prinzipien des heutigen Strafrechts gebracht werden. Eine Konstitution der Gegenstände, an denen ein Zollvergehen verübt worden ist, widerspricht allen modernen Rechtsgrundsätzen. Die Höhe der Strafe darf immer nur an der Höhe des defraudierten Zolles, nicht aber an dem Werte des zollpflichtigen Gegenstandes gemessen werden. (Sehr richtig! links.) Der Veredelungsverkehr bedarf dringend einer Regelung auf reichsgesetzlicher Grundlage, damit die Industrie wenigstens einen kleinen Ersatz für die schweren Schäden erhält, die die hohen Zollsätze des Auslandes ihrem Export zufügen. Wir behalten uns vor, in einer Novelle die Sache näher zu detaillieren und hoffen, daß die verbündeten Regierungen uns bald eine entsprechende Vorlage bringen werden. (Lebhafter Beifall links.)

Reichs-Schatzsekretär Frhr. v. Stengel: Eine ähnliche Resolution ist bereits in der Kommission eingebracht worden, und Sie haben meine mündliche Erklärung zu derselben unter den Druck gesetzt. Die verbündeten Regierungen haben bereits vor Jahr und Tag die ersten Schritte zur Veränderung des Vereinszollgesetzes getan. (Hört! hört! rechts.) Die Materie ist indessen äußerst schwierig. Das Vereinszollgesetz war seinerzeit ganz vorzüglich, jetzt ist es allerdings veraltet. Bei der Revision suchen wir uns der Entwidlung des Handels- und des Warenverkehrs nach Möglichkeit anzupassen. Nun zu den einzelnen Punkten der Resolution. Es ist unumstößlich und würde zu den bedenklichsten Konsequenzen führen, die Haftung der Zollverwaltung reichsgesetzlich zu ordnen, zumal Art. 77 des Einfuhrungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch diese Materie in das Bereich der einzelstaatlichen Gesetzgebung stellt. Für eine sachverständige Beratung der entscheidenden Zollinstanzen ist schon heute im weitesten Umfange Sorge getragen. Im Reichsschatzamt sind drei technische Beamte ganz ausschließlich mit den Zollfragen beschäftigt. Ob durch Einrichtung eines besonderen Gerichtshofes eine Milderung im Sinne einer mildernden Auffassung herbeizuführen wäre, weiß ich nicht zu sagen. Beim Reichsstempelgesetz hat man gesehen, daß das Reichsgericht durchweg eine strengere Auffassung vertrat, als der Bundesrat. Betreffs der bindenden Kraft der Auskünfte liegt eine durchaus bewährte Erklärung des Bundesrats vor. Die Abgrenzung der Haftung der Eisenbahn von der der Zollverwaltung bedarf in der Tat einer Regelung; ebenfalls werden wir einer Veränderung der Strafbestimmungen näher treten, doch glaube ich nicht, daß die Konstitution unter allen Umständen entbehrlich ist. Ob die Resolution angenommen wird oder nicht; wir werden auf alle Fälle bestrebt sein, das Vereinszollgesetz im modernen Sinne umzuwandeln. (Bravo! rechts.)

Abg. Gomp (Sp.): Die Erklärung des Staatssekretärs sollte die Antragsteller eigentlich veranlassen, die Resolution zurückzugeben. Die Regelung der Haftpflicht muß der Landesgesetzgebung vorbehalten werden. Notwendiger als diese Resolution erscheint mir, dahin zu wirken, daß die schändliche Behandlung unserer Industrie und unseres Handels durch die ausländischen Zollbeamten endlich aufhört. (Bravo! rechts.)

Abg. Meiß (L.): Wir sind durch den Zwang der Verhältnisse Schutzzöllner, sind aber gegen jede übertriebene Härte bei der Handhabung der Zölle. Die Haftpflicht muß allerdings der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Minderliche Entscheidung müssen wir ebenfalls ablehnen, da sie durchaus keine Besserung herbeiführen würde. Dagegen sind wir für strenge Abgrenzung der Haftung und für eine Abgrenzung der Strafbestimmungen, die große Unzulänglichkeiten hervorgerufen haben. Eventuell muß eine Novelle vor der Revision des Zollvereinsgesetzes hierüber vorgelegt werden.

Abg. Dose (fr. Sp.): Die Entgegung des Staatssekretärs ließ an Entgegenkommen zu wünschen übrig. Der Staat muß für den Schaden haften, den seine Beamten anrichten. Bei der Belastung des Bundesrates dauert es zu lange, ehe er eine Entscheidung fällt. Daher sind wir für eine Zentralstelle, die wir mit Richtern besetzt wünschen, um ihre Unabhängigkeit gewahrt zu sehen. Ich bitte um Annahme der Resolution. (Bravo! links.)

Abg. Büttger (natl.) befürwortet unter Berufung auf den verstorbenen Abg. Dr. Gammacher die Resolution und verlangt namentlich Erleichterung des Veredelungsverkehrs. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Spahn (L.) begründet einen Antrag, die Resolution Meiß dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Es folgt die Beratung der Resolution Kanitz-Kardorff. Abg. Graf Kanitz (L.): Durch die Zollkredite entstehen Zollaussfälle, die sich auf Millionen belaufen. Die Zollaussfälle treffen ja allerdings nicht direkt die Reichskasse, wohl aber indirekt. Die Anregung zu unserer Resolution ging vom Abg. Graf Schwerin-Löwis aus, der leider jetzt durch Krankheit verhindert ist. Das Inkrafttreten des einzelnen § 12 des Zollgesetzes von 1902 ist ja leider nicht möglich, da dieses Gesetz einseitig ist und nur im ganzen durchgeführt werden kann. Deshalb schlagen wir Ihnen unsere Resolution vor. Wissen Sie ein besseres Mittel, so wollen wir auch darauf eingehen, wenn nicht, so stimmen Sie unserem Antrage zu. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (L.): Die Resolution Graf Kanitz ist sehr bedenklich, doch haben meine politischen Freunde nichts gegen eine Zuwendung an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Bernstein (Soz.): Aus der Tendenz des Antrags Kanitz geht hervor, daß der neue Generaltarif tatsächlich auf eine Verteuerung des Getreides hinausläuft.

Die Regierung tut alles, um die Transzillager zu einer Institution umzuwandeln, durch welche nicht die Konsumenten, sondern lediglich die Agrarier den Vorteil haben. Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß das despotischste Reich in Europa, Rußland, es durchgesetzt hat, daß die deutsche Regierung für den Fortbestand von Transzillagern gewonnen ist. Allerdings hat die Regierung dies nur unter großer demütigender Entschuldigung gegenüber den Agrariern getan. Sie hat erklärt, daß die Transzillager in Danzig, Königsberg, Altona nur für die Ausfuhr arbeiten, also für die Preisbildung in Deutschland nicht in Betracht kämen. Schließlich hat sie auch noch den Fortbestand der Transzillager in Rammstein und Ludwigshafen genehmigt.

Die Antragsteller wollen die Erschwerung des Getreidehandels soviel als möglich beschleunigen. Wir dagegen haben das Interesse, daß die Verteuerung der Getreidepreise durch den neuen Zolltarif möglichst spät eintritt. Sie sagen freilich, Sie wollten nur für die Solidität des Handels sorgen, aber sonst unterstützen Sie gerade den unvollkommensten Getreidehandel. Denn wenn die Transzillager bis zu einem gewissen Grade den Getreidepreis niedrig halten, gründen Sie Kornhäus-Genossenschaften, welche durch Zurückhaltung des Getreides möglichst für seine Verteuerung sorgen. Augenblicklich ist schon die Kartoffel sehr verteuert, allerdings nicht durch den Zoll, sondern durch eine Mißernte. Das weiß ich sehr wohl. Aber die Verteuerung dieses für weite Volkskreise ungeheuer wichtigen Lebensmittels ist eine Tatsache. Um so mehr muß man dafür sorgen, daß nun wenigstens die Verteuerung des Getreides möglichst spät eintritt. Aus der Geschichte lernen wir Beispiele, wo durch große Aufspeicherung von Getreidemassen der Preis niedrig gehalten werden sollte. Ich will gar nicht an die Kornhäuser Josephs in Ägypten erinnern. Auch die Großmögule in Indien zum Beispiel haben Getreide aufgesammelt, damit keine Teuerung eintrete. Sie aber, ich möchte sagen Sie, die Großmögule des Agrarierturns wollen gerade das Gegenteil. (Wu! rechts.) Wir fürchten, daß der neue Zolltarif den Getreidehandel sehr ungesund gestalten, daß er der wüsten Spekulation Vorschub leisten wird. Damit dieses möglichst spät eintritt, werden wir gegen den Antrag stimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. Kardorff: Daß diejenigen der verehrten Herren Kollegen, welche gegen die Handelsverträge waren, auch unseren Antrag ablehnen würden, haben wir erwartet. Aber diejenigen der Herren Freisinnigen, die noch ein etwas agrarisches Herz in sich entdeckt haben, werden sich doch sagen müssen, daß es nicht recht wäre, wenn die Rot der Landwirtschaft noch durch die massenhaften Getreide-Importe verlängert wird. Dem Antrage Dr. Spahn, unsere Resolution einer Kommission zu überweisen, stimmen wir zu und bitten ihn und damit indirekt unsere Resolution anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Götzel (fr. Sp.): Ich bemerke dem Abg. von Kardorff zunächst, daß ich im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde, nicht nur eines Teiles von ihnen spreche. Ebenso spreche ich auch die Gesinnungen derjenigen Herren von der freisinnigen Volkspartei aus, welche für die Handelsverträge gestimmt haben. Der Antrag soll eine Ausnahmerebestimmung durchsetzen, der wir nicht zustimmen können. Wir sehen nicht ein, warum man eine besondere Ungerechtigkeit in diesem Zolltarife früher in Kraft treten lassen will, als die übrigen dazwischen enthaltenen Ungerechtigkeiten. Tatsächlich aber würden Sie durch Annahme Ihres Antrages gar nichts erreichen. Denn daß die Importeure die nicht mehr kreditierten Zollsummen sich dann leihen und mit 4 Proz. pro rata verzinsen müssen, wird sie am Import nicht verhindern; denn dazu ist der Gewinn, der aus der Differenz der bisherigen und der späteren Zollsätze entspringt, ein viel zu großartiger. Für die Landwirtschaft wäre es im Gegenteil besser, wenn vor Inkrafttreten der neuen Zollsätze möglichst viel ausländisches Getreide verbraucht wird, damit das inländische in den Kornhäusern aufgehäuft und später unter den höheren Zollsätzen verkauft werden kann. (Ruf rechts: Das wäre sehr gut!) Also Sie beschäftigen mich, daß Sie das für sehr gut halten. Aber wenn Sie dem Handel einen ungerechtfertigten Gewinn auf Kosten der Reichskasse nicht gönnen, so müssen Sie auch nicht im Interesse der Landwirtschaft einen solchen erstreben. Nach beiden Richtungen sollte die Spekulation unmöglich gemacht werden. Ihr Antrag wäre für den Handel höchst unbedeutend. Aus allen diesen Gründen sind wir gegen den Antrag und auch gegen die Kommissionsberatung. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf Oriola (natl.): Ich sehe in der Aufhebung der Zollkredite keine Ungerechtigkeit, sondern gerade eine Gerechtigkeit. (Sehr richtig! bei den Nationalen.) da die kleinen Wälbchenbesitzer sich durch die Zollkredite beschwert fühlen.

Abg. Graf Kanitz (L.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Götzel. Nicht der konservative Antrag, sondern die Unsicherheit in den Verhältnissen sei der Schaden der legitimen Industrie. Damit schließt die Diskussion.

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) ist die Abstimmung über den Antrag Spahn auf Verweisung der Resolution Kanitz an eine Kommission namentlich. Für den Antrag Spahn stimmen 95, dagegen 40 Abgeordnete; das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Vizepräsident Dr. Passche beraumt die nächste Sitzung auf 4 1/2 Uhr an mit der Tagesordnung: Post-Stat. Schluß 4 Uhr.

147. Sitzung vom Donnerstag, 23. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetke, Frhr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht die Beratung derjenigen Teile des Poststat., die der Budgetkommission überwiefen waren und noch nicht erledigt sind.

Es handelt sich um die Positionen für Unterbeamte. Hierzu liegen zwei Resolutionen vor.

Eine Resolution der Abgg. Dr. Müller-Sagan und Gidhoff (fr. Sp.) spricht den verbündeten Regierungen gegenüber die Bereitwilligkeit aus, für die Unterbeamten im Landbestelldienst, Botendienst und Leitungsaufsichtsdienst Gehaltsbezüge im Betrage von 900 bis 1100 M. zu bewilligen.

Eine Resolution der Abgg. Bahig (natl.) und Genossen ersucht die Regierungen, in einem Nachtragsetat für 1905 die Mittel anzufordern, damit, wie bei den Unterbeamten der Betriebsämter, so auch bei den Oberpostdirektionen eine besondere Besoldungsklasse für diejenigen Unterbeamten eingerichtet werden kann, welche in besonders verantwortungsvollen Dienststellen beschäftigt sind und in diesen „gehobenen Dienststellen“ dos Gehalt ebenfalls auf 1200 bis 1800 M. zu bemessen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) werden die verschiedenen Positionen des Etats, die sich auf die Unterbeamten beziehen, gemeinsam zur Debatte gestellt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) begründet seinen Antrag: Ich sehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß niemand eine Verbesserung des Gehalts nötiger hat, als die Landbriefträger. Wenn die Mehrheit darauf verzichtet, schon in dieser Session eine Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten einzutreten zu lassen, so möchte ich bitten, wenigstens unsere Resolution anzunehmen. Wir haben unsere eigene Resolution heute nachmittag dahin abgeändert, daß baldigst eine Erhöhung des Endgehalts auf 1100 M. in Aussicht zu nehmen sei. Unsere Resolution muß doch die Sympathie aller derjenigen finden, die der Meinung sind, daß jede Arbeit ihres Volkes wert ist.

Abg. Gröber (L., auf der Tribüne schwer verständlich): Durch die Erklärung des Staatssekretärs in der Kommission über die Unterbeamten in gehobenen Dienststellen können wir uns nicht für befriedigt erklären. Die gehobenen Dienststellen sind nicht für bestimmte Funktionen vorgesehen. Der Wunsch, das Maximumgehalt möglichst früh zu erreichen, ist nicht so wichtig, wie der, den Beamten in den Jahren, in denen sie erfahrungsgemäß am meisten für ihre Familien brauchen, möglichst gut zu stellen. In der Kommission hat man mir versprochen, den Wohnungsgeldzuschuß auszubessern. Wir halten es aber für wichtiger, an der Grundlage, am Gehalt zu bessern. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär des Reichs-Postamts Kraetke: Der Vorredner hat gesagt, daß die Beförderung von Unterbeamten und gehobenen Unterbeamten außer der Reihe einen Stachel zurückläßt. Ich habe bereits in der Kommission ausgeführt, daß dies nicht allein bei den Unterbeamten, sondern überall der Fall ist, wenn man sieht, daß der jüngere Kollege eine schnellere Karriere macht. Das ist einmal ein Uebelstand, den wir nicht vermeiden können. Die Unterbeamten, die besonders tüchtig und fähig sind, freuen sich darüber und verstehen sich selber. Zur Beurteilung der Gehaltsverhältnisse kann ich nur anführen, daß ich als Verwaltungschef einer so großen Verwaltung dringend den Wunsch hege, daß die Unterbeamten so bezahlt werden, wie es erforderlich ist. Daß nach dieser Richtung nicht alle Wünsche erfüllt werden können, liegt daran, daß man sich gewissen Rücksichten fügen muß, die der Schatzsekretär zum Ausdruck bringt. Daß etwas für die Unterbeamten geschehen muß, darin sind wir einig, nur bezüglich des Weges besteht eine Differenz. Es ist nun gesagt worden, der geeignete Weg läge zuerst in einer Reform des Wohnungsgeldzuschusses. Ich weiß nicht, ob nicht diese Art etwas für sich hat, immer länger gewartet werden muß, bis ein Sprung gemacht wird. Der Wohnungsgeldzuschuß kann den anderen Wünschen Rechnung tragen, daß die Unterbeamten möglichst schnell auskömmliches Gehalt bekommen. Ferner verleihe eine dahingehende Erklärung, daß die Unterbeamten und gehobenen Unterbeamten durch die neue Etala nicht geschädigt werden sollen resp. die bisherige Zulage solange und soweit geniesen sollen, bis sie in die nächst hohe Gehaltsstufe eingestuft sind, so daß sie bis zur Erreichung dieser keine Einbuße erleiden. — Die gehobenen Unterbeamtenstellen sind übrigens nicht lediglich bei den Postämtern erster, sondern auch zweiter und dritter Klasse vorhanden, speziell bei den Kleinbahn-Postämtern.

Abg. Singer (Soz.): Ich freue mich, daß der Abg. Gröber in bezug auf die Frage der Verbesserung der Lage der Unterbeamten derselben Meinung ist, wie wir. So sehr ich darin mit ihm einverstanden bin, so wundert ich mich doch, daß er die Gelegenheit nicht bemerkt hat, wo die Unterbeamtenstellen etatsmäßig durch besondere Titel festgesetzt werden, Gegenmaßregeln zu treffen. Vielleicht kommt noch die Zeit, wo Ihnen (zum Zentrum) das leid tun wird. Ich kann die Resolution der Kommission nur zur Annahme empfehlen. Wenn die Regierung die Absicht hat, wie wir soeben gehört haben, die Lage der Unterbeamten zu verbessern, so wird ihr der Antrag der Kommission willkommen sein. Man hat gesagt, daß es wichtiger wäre, die Aufbesserung in Form eines Wohnungsgeldzuschusses vorzunehmen. Ich möchte dringend davor warnen. Die Unstimmigkeit ist doch überall gleich schwer, so daß grundsätzlich auch die Gehälter gleich sein müssen, nur höher als jetzt. Der Wohnungsgeldzuschuß kann sich dann nach den örtlichen Verhältnissen richten. Es darf niemals in den Wohnungsgeldzuschuß ein Stück Gehalt aufgenommen werden, das wäre sehr bedenklich. Wir stimmen also für die von der Kommission geforderte Erhöhung des Gehalts der Unterbeamten auf 1000 M., und wir stimmen auch für den Antrag Gidhoff.

Ich will nicht auf die zahlreichen Beschwerden eingehen, die mir gerade von Landbriefträgern zugehen, darum möchte ich aber doch bitten, daß sich der Herr Staatssekretär mehr um die mecklenburgischen Postverhältnisse kümmert. Es kommen von dort Beschwerden an mich, daß die Landbriefträger in einer ganz kolossalen Weise überlastet sind. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, einen Bericht über die dortigen Verhältnisse einzufordern. Wie Kollege Gröber muß auch ich mich aus prinzipiellen Erwägungen heraus gegen den Antrag Bahig erklären. Namentlich eine der Petitionen verdient Beachtung. Den Beamten, welche vor 1895 etatsmäßig angestellt sind, wird ihre Militärdienstzeit nämlich angerechnet, bei den Beamten dagegen, die nach 1895 angestellt sind, geschieht das nicht. Die Petition fordert die Befreiung dieses Zustandes. Es ist auch wirklich zu viel verlangt von den Unterbeamten, daß sie begreifen sollen, warum in dem einen Fall die Anrechnung geschieht, in dem anderen nicht. Diese Petition ist in der Kommission sehr eingehend behandelt worden, und diese schlägt vor, sie der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Ich möchte bitten, diesem Wunsch beizutreten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Zwischen den Verfügungen des Herrn Staatssekretärs und ihrer Ausführung liegt ein weiter Weg. Immer wieder kommen Beschwerden an uns, daß nur dem Wort laute, nicht dem Sinne der Verfügungen entsprochen werde. Das Bestreben des Herrn Staatssekretärs bekräftigt auch uns in unserem gleichgerichteten Bestreben. Von der Mehrzahl der Unterbeamten wird das Höchstmah der zulässigen Dienststunden erreicht oder überschritten. In jeder Weise wird bei der Berechnung der Dienststunden abgemappelt, um die Dienstzeit in der Statistik möglichst gering erscheinen zu lassen, besonders bei Postämtern, die mit Unterbilanz arbeiten und daher ihre Unkosten möglichst herabsetzen wollen. — Ferner sind mir eine Reihe von Fällen bekannt geworden, in denen sich Vorgesetzte großer Schimpfworte gegen ihre Untergebenen zuschulden haben kommen lassen. Der eine Fall betrifft sogar einen Herrn, der dem Staatssekretär schon bekannt sein wird: Die Strafverurteilung hat nichts geholfen, er hat im Dienst gesucht, daß ein Unterbeamter zusammengehauen werden sollte, daß ihm das Blut herunterläuft. (Hört! hört! links.) Am befürwortlichsten ist wohl der Dienst in den Bahnpostwagen. Auch die Bezüge der Bahnpostbeamten sind unzureichend. Sie erhalten, die Beamten 1 Pf., die Unterbeamten 0,7 Pf. Kilometergelder. Sechsstündiger Aufenthalt auf einer Station wird den Beamten mit 75 Pf., den Unterbeamten mit 50 Pf. vergütet; Aufenthalt, der über sechs Stunden dauert, mit 1,50 M. resp. 1 M. Diese Vergütung ist bei Aufenthalt in teuren Städten zu niedrig, z. B. für Frankfurt a. M. Die Verwaltung hat ihren Beamten für Frankfurt a. M. nahe gelegt, eine Garfische, die aus milden Stellungen unterhalten wird, in Anspruch zu nehmen. (Hört! hört! links.)

Staatssekretär Kraetke: Ich möchte doch den Herrn Vorredner bitten, Beschwerden, wie er sie heute vorgetragen hat, mir vorher mitzuteilen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. v. Staudy (L.) verteidigt die Einrichtung der „gehobenen Stellen“. Es liege keine Inkonsequenz darin, wenn Unterbeamte, denen besonderes Vertrauen entgegengebracht werde, auch materiell besser gestellt werden.

Abg. Dr. Bahig (natl.): Unser Antrag, gehobene Stellen für Unterbeamte auch bei den Oberpostdirektionen einzuführen, ist von zwei Seiten damit bekämpft worden, daß die gehobenen Stellen eine innere Kränkung des Beamtenorganismus darstellen. Ich gebe das zu; ja, es ist ein anormaler Zustand, diese gehobenen Stellen. Aber wir haben sie einmal und da ist es doch ungerecht, die Unterbeamten bei den Oberpostdirektionen dadurch zu benachteiligen, daß wir ihnen nicht auch die Möglichkeit geben, in gehobene Stellen zu gelangen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Jubeil (Soz.): Die Regelung der Arbeitszeit der Unterbeamten ist durch eine Verfügung in das Ermessen der Postdirektoren...

gestellt worden: sie sollen sie je nach der Schwere der Dienstverrichtung festsetzen. Aber selbst diese Verfügung bleibt unbedacht. Wöchentliche Arbeitszeiten von 65-75 Stunden sind keine Seltenheit. Der Dienst beginnt da um 6 Uhr früh und endet um 8 1/2 Uhr abends oder er beginnt um 6 1/2 und dauert bis 9 1/2 Uhr. Das ist zum Beispiel in Hamburg noch bis zur Stunde der Fall. (Hört! hört! links.) Die Folgen der Ueberanstrengung zeigen sich in dem schlechten Gesundheitszustand des Personalpersonals. Das Durchschnittsalter der Unterbeamten beträgt 37 Jahre; an Lungenschwindsucht starben 26,2 Proz. der Beamten, von den Unterbeamten aber 39,6 Proz. (Hört! hört! links.) Diese Zahlen sollten doch dem Staatssekretär zu denken geben; er sollte daraus entnehmen, daß die Dienstzeit unbedingt verkürzt und die Bezahlung der Unterbeamten erhöht werden muß. Kollege Kopisch hat einen Dienstplan aus Breslau zur Sprache gebracht. Wir brauchen nicht so in die Ferne zu schweifen, das Schlechte liegt in Berlin so nah. (Heiterkeit.) Es geht aus einem Berliner Dienstplan hervor, daß die Arbeitszeit eine ganz ungeheuer große ist und daß sie sich teilweise auf den ganzen Tag verteilt, so daß die Unterbeamten mehrmals am Tage einen weiten Weg zurücklegen müssen. Daß den Unterbeamten, die nach 1895 angestellt sind, die Militärzeit nicht angerechnet wird, ist schon erwähnt worden. Es wiederholen sich die Klagen, daß das Hülfspersonal in der Weihnachtszeit viel zu spät angestellt wird, nämlich nicht vor dem 18. Dezember. Dadurch wird den Beamten eine kostbare Ueberarbeit zugemutet. Die Postboten auf Amt 12 müssen bisweilen eine volle Stunde warten, bis sie abgefertigt werden. Diese Zeit geht von ihrer freien Zeit ab. Die Begleiter der Postwagen werden zuerst nach dem Lehrter Bahnhof bestellt, dort erfahren sie erst, auf welchem Bahnhof sie gebraucht werden. Sie müssen dann den Omnibus oder die elektrische Bahn benutzen. Trotz dem werden ihnen von ihrem Fahrtengeld große Abzüge gemacht. Wo man das nicht kann, stellt man, um weiter zu sparen, junge Leute an. — Von den „Holz- und Kartoffelgeldern“ weiß niemand, wer sie eigentlich bekommt. Beamte mit einem Kind bekommen sie bisweilen, Beamte mit mehreren Kindern nicht, Beamte mit langer Dienstzeit erhalten die Vergünstigung bisweilen später, als die mit kurzer; niemand wisse warum. Der Herr Staatssekretär hat erklärt, niemals würden Unterbeamte gezwungen, für die Witwen- und Mädchenkassen beizusteuern. Aber wenn ein Unterbeamter nicht will, heißt es bei den Vorgesetzten: Haben Sie denn keine Töchter? Ob er erhält er die Antwort: Wir haben nur Jungens? (Heiterkeit.) Aber schadet nichts, alle Unterbeamte müssen mit unterschreiben. — Die Einrichtung der „gehobenen Stellen“ bedeutet unter allen Umständen eine Ungerechtigkeit. Selbst befähigte Unterbeamte können lange warten, ehe sie „gehoben“ werden. Man sollte lieber nach Zurücklegung einer bestimmten Zahl von Dienstjahren allen Beamten die Aufbesserung zuteil werden lassen. Herr Krenke bestritt, daß es jetzt nach Günst und Willkür ginge. Aber wonach denn? Auf dem einen Postamt werden alle Schaffner, auf dem anderen alle Postillone „gehoben“. Die Beamten des inneren Verwaltungsdienstes sollen nach den festgesetzten Grundätzen die Zulagen nicht erhalten. Sind sie beliebt, so werden sie auf kurze Zeit in den Außendienst versetzt, und nachher „gehoben“ in den Büreaudienst versetzt. Sind aber die betr. Beamten unbeliebt, so müssen sie die Tätigkeit im Außendienst, die sie seit vielen Jahren zur vollen Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten und des Publikums ausübten, aufgeben zugunsten derer, die „gehoben“ werden sollen. Durch das jetzige System werden die Vorgesetzten ihrer Beamten; denn nach ihren Vorschlägen entscheiden die Direktoren über die Zuteilung und Verweigerung dieser Dienstzulagen. Viel besser wäre es, alle Unterbeamten zu einem Examen zuzulassen und sie nach dem Dienstalters-Stufenstufen zu rangieren; auf diese Weise würden das Wohl und Ansehen derselben befördert, die jetzt durch das herrschende System erzeugt werden müssen. Wir werden auch dieses Jahr für die Streichung der gehobenen Stellen in ihrer jetzigen Form stimmen. Wo Millionen und Milliarden für die Flotte und die Kolonien hinausgeworfen werden, da muß das Deutsche Reich auch die Mittel finden, allen Unterbeamten die notwendige Aufbesserung zuteil werden zu lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Es ist richtig, daß durch die gehobenen Stellen Unzufriedenheit in die Reihen der Unterbeamten getragen wird. Es fehlt eben an einem einheitlichen festen Vorgehen darin, denn die Behörde hat doch immer die Beförderung vorzunehmen, von ihr allein hängt sie ab. Andererseits ist doch damit sicher ein Fortschritt gemacht worden, daß ein Unterbeamter nicht immer in derselben Sphäre bleiben muß. Gegen den Antrag des Abg. Pahig müssen wir stimmen, da wir darin eine Bevorzugung einzelner Kategorien sehen. — Abg. Gröber (Z.): In früheren Etats handelte es sich um eine Zulage, jetzt um ein Gehalt in der Höhe der früheren Zulage. Das ist das Plus, welches die Unterbeamten erhalten! Sie erhalten das Maximalgehalt viel zu spät. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, eine Fassung des Dispositivs zu finden, nach dem die Unterbeamten in gehobenen Stellen zur selben Zeit das erhöhte Maximalgehalt bekommen, in der sie früher das nicht-erhöhte bekamen. (Beifall im Zentrum.)

Nach einer kurzen Nichtigstellung des Geh. Ober-Regierungsrats Reumann gegen den Abg. Kopisch wird die Debatte geschlossen. Hierauf wird die Resolution Pahig (natl.) gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt, die Resolution Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) einstimmig angenommen, ebenso die Resolution der Budgetkommission. Der Titel wird bewilligt. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Reichs-Postverwaltung, Reichsdrucker, Reichs-Eisenbahnen.) Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

148. Sitzung vom Donnerstag, den 23. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Studt.
Die Beratung des Kultus-Etats wird fortgesetzt mit der Debatte über die akademische Freiheit.

Minister Dr. Studt:
Ehe das Haus in diese Debatte eintritt, will ich den willkommenen Anlaß benutzen, meinen Standpunkt hinsichtlich der Maßnahmen, die meinerseits ergriffen worden sind, Ihnen darzulegen. Ich sehe seit 16 Jahren in amtlichen Beziehungen zu akademischen Vögeln und zur akademischen Jugend. Ich habe nie mein Bestreben darauf gerichtet, die akademische Freiheit zu beschränken. Ich habe es stets als einen besonderen Vorzug empfunden, in harmonischen Einvernehmen mit Professoren und Studierenden tätig sein zu dürfen. Es wird mir aus meiner amtlichen Wirksamkeit keine Handlung oder Äußerung nachgewiesen werden können, aus welcher die Absicht hervorging, das Palladium der akademischen Freiheit zu beeinträchtigen. Die in der letzten Zeit von gewisser Seite tendenziös hervorgerufene Protestbewegung der Studierenden an Universitäten und technischen Hochschulen kam meines Erachtens für erledigt angesehen werden, namentlich für die beteiligten Universitäten. In Straßburg ist im Wege der Verständigung die Sache beigelegt, ebenso in Münster durch befriedigende Erklärungen; den in Göttingen und Bonn gefaßten Resolutionen näherzutreten, lag kein Anlaß vor. Von den technischen Hochschulen kommen Hannover und Charlottenburg in Betracht. In Charlottenburg ist eine Verständigung angebahnt, in Hannover ist durch die Relegation eines Studenten neue Unruhe entstanden. Da aber dem Studenten Berufung an die Centralinstanz freisteht, kann ich darauf nicht weiter eingehen. Den Beschlüssen auf ein Verbot der konfessionellen Verbindungen sind unterschieden Widerstand geleistet. (Beifall im Zentrum.) An sich bleiben diese konfessionellen Verbindungen an den Hochschulen ja eine unerfreuliche Erscheinung. (Widerspruch im Zentrum und Zustimmung links.) Es fehlen aber alle rechtlichen Voraussetzungen zu ihrer Beseitigung. Meine Maßnahmen gegenüber studentischen Ungehörigkeiten habe ich mit weitgehender Rücksicht und fern von jedem überhastigen Bureaukratismus getroffen, weil ich mir sagte, daß es

sich um jugendlichen Uebereifer handle, der milde zu beurteilen ist. Ich glaube damit der Sache des Friedens und der akademischen Freiheit einen Dienst erwiesen zu haben.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Als ich vor einigen Tagen an den Minister eine Anfrage richtete, erhielt ich vom Regierungskommissar eine sehr erregte Antwort, die von spontanen Befallsäußerungen des Zentrums begleitet war. Wenn die Verhandlungen mit den Studierenden in demselben Tone geführt worden sind, wie ihn der Regierungskommissar in seinen Angriffen gegen mich gebraucht, war allerdings ein Erfolg nicht zu erwarten. (Sehr richtig! links.) Die Worte: „Wir stehen niemand in der Begeisterung für die akademische Freiheit nach, am allerwenigsten dem Abg. Friedberg“, enthalten eine außerordentliche Geringschätzung. Ich könnte den Ausdruck leicht übertrumpfen, tue es aber aus persönlicher Wertschätzung des Kommissars nicht. Die Regierungskommissare sind dazu da, sachliche Auskünfte zu geben, nicht aber, persönliche Angriffe gegen Mitglieder des Hauses zu richten. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn der Regierungskommissar sagt, meine Anfrage trage zur Störung des Friedens bei, so muß ich das ebenfalls entschieden zurückweisen. (Zustimmung links.) Ich beschäufte mich eigentlich zu viel mit dem Kommissar, ich möchte mich gegen den Minister wenden. Ich habe seit langer Zeit in lebhaften geschäftlichen Beziehungen zum Minister und seinen Vertretern gestanden, und naturgemäß bin ich wohl mehr der Gesuchte als der Suchende gewesen. Ich werde diese Beziehungen nun nach dem Grad der Wertschätzung, deren ich mich im Kultusministerium zu erfreuen habe, anders regeln müssen. Da auf so verlegende Äußerungen keine Remedur eingetreten ist. (Sehr richtig! links.) Aber auch für meine Partei muß ich erklären, daß sie es als schwere Verletzung der Rücksicht auf eine große Partei betrachtet, wenn eines ihrer Mitglieder in dieser Weise von einem Regierungsvertreter behandelt wird. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Die Ausführung des Regierungskommissars in der Budgetkommission, daß die Studentenausschüsse an ähnliche Kompetenzen gebunden seien wie die Parlamente, kann ich nicht anerkennen. (Zustimmung links.) Die Ausschüsse haben das Recht, alles was das akademische Leben angeht, zu behandeln und sich deshalb auch mit anderen Hochschulen in Verbindung zu setzen. Die konfessionelle Scheidung zwischen den Studenten ist der Entwicklung unseres politischen und sozialen Lebens nicht günstig. Aber höher als akademische Freiheit steht die persönliche, und ich kann deshalb den Studenten das Recht nicht bestreiten, sich konfessionell zusammenzuschließen. Die Methode des Vorgehens gegen die Hochschulen ist durch die Disziplinäre hervorgehoben. (Sehr richtig! links.) Wir mischen uns zwar nicht in Verhältnisse anderer Länder, wenn wir aber die Angriffe der Adelsmarschälle im galizischen Landtage gegen Deutschland mit Ruhe angeschlossen haben, brauchen wir nicht gleich mit den Anien zu schlottern, wenn einmal die deutschen Studenten mit auswärtigen Hochschulen sich in Verbindung setzen. (Lebhafte Zustimmung links.) Der Ausschuss der technischen Hochschule in Hannover hat eine Umfrage an andere Hochschulen gerichtet, wie dort die Frage der konfessionellen Verbindungen behandelt werde, die Frage hatte einen informativen Charakter, und da kam mit einem Male das strenge Verbot, mit anderen Hochschulen in Verbindung zu treten. Es wurde eine hochnotpeinliche Untersuchungskommission nach Hannover geschickt. Die Mission ist vollständig gescheitert. Auch ein anderer Weg, der eingeschlagen wird, führt nicht zum Ziel. Auch bei dem Vorgehen gegen Warburg erhält man den Eindruck, daß ein hochnotpeinliches Verfahren eingeschlagen wird. Man sollte meinen, daß die Lehrerkollegien der Hochschulen allein derartige Angelegenheiten mit den Studenten regeln können. (Sehr richtig! links.) Die Studenten haben einen recht festen Standpunkt eingenommen. Sie verlangen eine Zurücknahme des Verbots, mit anderen Hochschulen in Verbindung zu treten, da handelt es sich um ein Recht, das nie bestritten ist, das auch den Korpsstudenten zusteht, und sie verlangen weiter das Recht, das jedem Staatsbürger zusteht, ihre Angelegenheiten auch in der Presse zu erörtern. Da verweist man sie auf die Disziplinargewalt, als ob sie schon Beamte wären. Die ganze Erregung, welche diese Bewegung hervorgerufen hat, ist nur eine Folge der falschen Behandlung der ganzen Sache von oben. (Sehr richtig! links.) Wenn man wirklich den Frieden herstellen will, so nehme man die erlassenen Verbote zurück. Dabin zu wirken, scheint mir hauptsächlich die Pflicht derjenigen zu sein, die in erster Reihe daran schuld sind, daß die Sache so verfahren worden ist. (Lebhafte Beifall links.)

Minister Dr. Studt:

Ich kann nur bedauern, daß der Abg. Friedberg auch mich in die Sache hineinziehen mußte. (Oh! links.) Die persönliche Erregtheit des Kommissars ist auf den angeführten Vorwurf, unrichtige Angaben gemacht zu haben, zurückzuführen. Ich bin fest davon überzeugt, daß dem Kommissar jede verlegende Absicht fern lag. (Oh! links.) wenigstens lag ich nicht konstatieren, daß er sie gehabt hat. Der Kommissar brauchte die Worte „am allerwenigsten“ in dem Sinne „auch nicht“. (Schallende Heiterkeit links.) Mit dieser Erklärung halte ich die Angelegenheit für erledigt. (Aha! links, große Unruhe.)

Abg. v. Guern (natl.)

stellt unter großer Heiterkeit des Hauses den Antrag, die eben abgegebene Erklärung des Ministers solle gedruckt und im Hause verteilt werden.

Präsident v. Kröcher

erklärt, dies werde so schnell nicht möglich sein. Uebrigens haben ja alle die Erklärung gehört. (Abg. v. Guern erwidert etwas.) Das Haus verzichtet also auf die Drucklegung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Irmer (kons.):

Für uns ist die Angelegenheit mit der Antwort des Ministers erledigt. Man darf nicht vergessen, daß zurzeit der Sympathieentwicklung nach Innsbruck in Oesterreich die Verhältnisse stark gespannt waren, ja, ein Staatsstreich drohte. Dann versuchten die Studenten in Hannover, gemeinsam mit anderen Hochschulen gegen die akademischen Behörden vorzugehen, und haben sich so Freiheiten erlaubt, die gegenüber der wohlwollenden, väterlichen Leitung der akademischen Disziplinbehörde sich nicht gehörten, zumal bei dem Mangel an politischer Reife der Studenten (Lachen links). Aber noch schlimmer ist, daß weit verbreitet in der Studentenschaft der Glaube ist, es gebe gar keine akademische Disziplin. Ich würde die akademische Freiheit viel zu hoch, um sie gegen die konfessionellen Verbindungen auszusprechen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Man soll den Kampf gegen die katholischen Verbindungen nicht mit dem Schlagwort akademische Freiheit führen. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Entweder müßte man alle konfessionellen Verbindungen unterbinden oder auch die katholischen Korporationen bestehen lassen. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Warum wird nicht auch gefordert die Auflösung der jüdischen Verbindungen in Berlin. (Sehr richtig! rechts) oder der akademischen Zweige des Evangelischen Bundes. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber freilich, der Kampf gegen die katholischen Vereinigungen wird von denen am heftigsten geführt, die am meisten die Gründung von Zweigvereinen des Evangelischen Bundes gefördert haben. (Sehr gut! im Zentrum.) — Es wäre ja für uns sehr bequem, mit der „Täglichen Rundschau“ und anderen Blättern die sehr populäre Hege gegen den Kultusminister mitzumachen. Aber wir halten es für unsere Pflicht, die Studentenschaft daran zu erinnern, daß sie sich schon während ihrer Studentenschaft der Pflichten bewußt sein muß, die sie einst für den Staat zu erfüllen haben wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Porst (Z.):

Ich will mich, entschlossen, dem akademischen Frieden an jedem Preis zu dienen, auch zurückhalten, obwohl man auch hier wieder meine politischen Freunde in ganz unqualifizierter Weise in den Streit hineingezogen hat. Es ist weit gekommen in Preußen: Wenn ein Kultusminister dem katholischen Volksteile sein unbestreitbares Recht nicht verkennt, so bezieht man ihn der Liebediener gegen das Zentrum. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

Die sogenannte akademische Bewegung ist seit langem plannmäßig propagiert worden durch eine Klausurarbeit (Oh! links) von Lentgen, deren Mund überfließt von Worten der Toleranz. (Große Unruhe links. Lebhaftige Zustimmung im Zentrum.) Zur Frage der politischen Betätigung der Studentenschaft durch das Salzburger Telegramm habe ich dem Vorredner nichts hinzuzufügen. Ich will nur die Mehrheit daran erinnern, daß sie sich vor kürzester Zeit dafür ausgesprochen hat, allen Winderjährigen, mögen sie die akademische Freiheit genießen oder nicht, jede politische Betätigung zu untersagen. Um wie viel mehr wird man tadeln müssen, daß die Studenten sich in die politischen Verhältnisse des Auslandes gemischt haben. (Sehr richtig! rechts.)

Der Minister hat die katholischen Korporationen eine unerfreuliche Erscheinung genannt. Wir betrachten sie als eine erfreuliche, unterstützungswürdige und unterstützungsbedürftige Erscheinung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Mit dem Schlagwort der „konfessionellen Absonderung“ wird ein großer Mißbrauch getrieben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Man kann den christlichen Glauben nur aufrecht erhalten, wenn man auf dem festen Boden der Konfession steht. Treiben denn nur die katholischen Verbindungen konfessionelle Absonderung? (Redner verliest aus dem deutschen Universitätskalender die Liste der evangelischen und jüdischen Verbindungen. Bei den Gruppen des evangelischen Bundes und den 18 jüdischen Studentenverbindungen ertönt lebhaftes „Dort! dort! rechts“ und im Zentrum.) — Aber konfessionelle Absonderung ist es doch auch, fährt der Redner fort, wenn irgendwelche Verbindungen Juden nicht aufnehmen. Und wenn Sie die konfessionelle Absonderung verwerfen, können Sie die Absonderung nach der Höhe des Wechsels, nach der Zahl der Akten, nach der Heimat oder nach der Fachwissenschaft billigen? Ob sich die Studenten nach der Farbe ihrer Haare zusammenzuschließen (Heiterkeit) oder nach der Tiefe ihrer religiösen Ueberzeugung, bestimmt den Grad der Absonderung nicht, zeigt sich vor allem darin, daß sie für Gegenstände jeder Art Raum hat, die im Wettstreit miteinander ringen, sich gegenseitig anerkennen und jeder auf seinem Wege nach dem gemeinsamen Ziele strebt. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Frhr. v. Jeditz (fr.):

Nur dadurch, daß in der Hannoveraner Sache von den Ministerialinstanzen so merkwürdig verfahren worden ist, wird es psychologisch verständlich, daß der Glaube entstehen konnte, die akademische Freiheit, dies Fundament der deutschen Geistesfreiheit, sei gefährdet. Dazu kommt, daß die konfessionellen Verbindungen ein Mißbrauch der akademischen Freiheit sind. Freilich, befreit können sie nur werden durch Ueberredung der einzelnen Studenten durch andere. Für das Telegramm nach Salzburg hat die Hannoveraner Studentenschaft in ihren nationalen Gefühlen eine Entschuldigung allererster Art. Wenn sie sich politisch vergriffen, so müßten sie mit leiser Hand zurechtgeführt werden. Aber man hätte die Studentenschaft, ein edles, feuriges Volk, nicht behandeln sollen wie ein altes Draufschnepperd. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.):

Wenn der Vorredner gemeint hat, daß die konfessionelle Absonderung geeignet wäre, den konfessionellen Frieden zu stören, so sollte er daraus die Konsequenz für die Konfessionsschule ziehen. Selbst der Minister hat die katholischen Korporationen als unerfreuliche Erscheinungen bezeichnet. Ich kann nicht anders, als ihm darin aus vollem Herzen zuzustimmen. Wir wünschen, daß die Jugend sich nicht einengen läßt durch konfessionelle Rücksichten, sondern frei in gemeinsamer selbstständiger Arbeit dem höchsten Ideal zustrebt. Aber wir würden konfessionelle Verbindungen nicht gewaltsam unterdrücken wollen. Es wäre die Pflicht des Regierungskommissars als preussischer Beamter gewesen, sich nicht von der Hitze der Debatte fortziehen zu lassen. Wenn er ebenso leidenschaftlich in den Verhandlungen mit den Studenten gewesen ist, so kann man sich erklären, wie so Mißstände aller Art zwischen Rektor, Senat, Studierenden und den förmlichen Behörden eingerissen sind. Allein diese Tonart ist schuld daran, daß die Studentenbewegung einen derartigen Charakter angenommen hat. (Sehr richtig! links.) Wir fühlen volle Begeisterung für die akademische Freiheit. Wir wissen aber, daß sich die akademische Freiheit nur im Rahmen einer gewissen Selbstzucht verwirklichen läßt. Wir hoffen, daß die hohen Stellen, die die Sache geschlagen hat, sich bald besänftigen werden, wenn nur in Zukunft der richtige Ton gegenüber den Studenten angeschlagen wird. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Graf Limburg-Stürm (L.):

Wir haben viel über die akademische Freiheit gesprochen, aber wir wissen noch nicht genau, was das ist. Die Studenten verstehen darunter Lehrfreiheit, Versammlungsrecht, das Recht auf wohlwollende Beurteilung ihrer Ausschreitungen (Widerspruch bei den Nationalliberalen) — aber ich selbst hätte mich sehr gewundert, wenn man meine Studentestreiche nach dem Staatsgesetz behandelt hätte (Heiterkeit) — die Freiheit sich zu vereinen und auch die katholischen Verbindungen zu verbieten (Heiterkeit), die Nachtritte von Staatsbeamten zu hören (Heiterkeit) und so weiter. Wir alle wollen die studentische Freiheit möglichst ausdehnen; aber da sie nur auf dem Wohlwollen der öffentlichen Meinung beruht, so müssen die Studenten sie sich erhalten, indem sie sich als wohl-erzogene Leute benehmen — auch bei den Ausschreitungen nicht Rohheit, sondern Humor zeigen — und daß sie dem Staate keine Angelegenheiten bereiten durch Verschärfung mit auswärtigen Angelegenheiten. All das gilt aber nur für die deutschen Studenten. Sollten ausländische Studenten ihr Gastrecht mißbrauchen und in der jüngsten Bewegung eine Rolle gespielt haben, so bitte ich den Minister, sie nicht schonend zu behandeln. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Jarncke (natl.):

Wir verlangen mit aller Bestimmtheit, daß die Beleidigungen, die der Regierungskommissar gegen ein Mitglied des Hauses ausgesprochen hat, zurückgenommen werden. Die Studentenbewegung läßt sich nur als Antwort auf das ganze System verstehen, durch das vom Ministerium des Geistes Deutschland beherrscht wird. Der Rektor der hannoverschen Hochschule selbst schlägt das Inverbindungsrecht mit anderen Universitäten vor. Aber da wurde die Ministerialinstanz in ihrer warmen Sympathie gegen den Akritismus gekränkt. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.) Nur aus Konnivenz gegen die leitende Partei (Erneute Unruhe) griff man zur Konnsbruder Depeche. Die Bewegung gegen die katholischen Korporationen nahm nur deshalb so großen Umfang an, weil der erste Chargierte in Hannover dem Rektor mit einer Beschwerde bei der Zentrumsfraktion „gedroht“ hat. (Dort! dort! links. Lachen im Zentrum.) Hat man dieses Wort auch nachträglich aus den Akten entfernt, so ist doch der Rektor der Hochschule Hannover hier antwefend. Strafe er mich Lügen! Man hat den Studenten Heile und andere Herren nach Berlin zitiert. Als die morgens zu Herrn Althoff kamen, sagte dieser, er habe jetzt keine Zeit, sie mögen nachmittags wiederkommen. Er gab ihnen dann Karten zur Teilnahme an der Wenzel-Gedächtnisfeier, und er lud die Studenten dann zu einer Kneiperei ein, und wenn die Studenten dann sagten: wir wollen doch jetzt von den Sachen reden, so erwiderte er: Prosit, das wird schon alles werden. (Heiterkeit.) Es ist eine zu Herzen gehende Bewegung, die beweist, daß die Jugend noch Ideale hat.

Abg. Peltz (fr. Sp.): Die Art und Weise, wie man jetzt gegen die Studenten vorgeht, erinnert daran, wie man früher gegen die Kurpfuschenschaften vorgegangen ist. Es ist doch erfreulich, daß die akademische Jugend für ideale Bestrebungen Sinn hat. (Sehr richtig! links.) Ich kann nur denjenigen, welche den Bestrebungen der Studenten entgegengetreten sind, empfehlen, aus den Vorgängen eine Lehre zu ziehen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Porst (Z.): Der Rektor der Technischen Hochschule habe selbst erst sich gegen die Anwendung von Gewaltmaßnahmen erklärt. Die Art, wie der Student Heile behandelt worden sei, weise allerdings auf eine Einschränkung der akademischen Freiheit hin.

Ministerialdirektor Dr. Althoff:

Die Frage der konfessionellen Verbindungen war schon früher an die Unterrichtsverwaltung herangetragen, da handelte es sich um

Politische Verbindungen. Man hat gegen diese nicht vorgehen können, und ebenso könnte man auch gegen die katholischen Verbindungen nicht vorgehen. Sehr beklagenswert war aber die Agitation gegen die konfessionellen Verbindungen. Die akademische Freiheit ist historisch begründet, und sie besteht jetzt in der Lern- und Lehrfreiheit, in der Freiheit gegenüber demjenigen in der Schule, im späteren Leben und beim Militär darin, daß sich die Studenten in Versammlungen über studentische Angelegenheiten aussprechen können, ferner dürfen sie mit anderen Hochschulen über studentische Angelegenheiten in Gedanken- und Austausch treten. Der studentischen Freiheit steht die Gebundenheit durch die Selbstzucht, durch die gegenseitigen Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Studierenden gegenüber, die 1879 unter Falk erlassen sind. Das Gesetz paßt heute eigentlich nicht mehr. Ueber die Frage der akademischen Freiheit sind die Leute verschiedener Ansicht. Die Herren, die so leicht über die akademische Freiheit sprechen — ich meine die Herren außerhalb dieses Hauses (Weiterleit.) — würden sich über die Verschiedenheit der Ansichten wundern. Die Unterrichtsverwaltung ist mit dem Abgeordneten Grafen Limburg der Meinung, daß man die Grenzen der akademischen Freiheit möglichst weit ziehen soll. Der Streit in Hannover ist hauptsächlich dadurch entstanden, daß die Befugnisse des Studentenrates nicht fest genug bestimmt waren. Wenn man jetzt nicht einmal weiß, wodurch die akademische Freiheit gefährdet sein soll, kann ich nur — zur Schillerfeier — auf diese Studentenpolitik zitieren: Ewig jung ist nur die Phantasie. (Weiterleit.) Im übrigen tröste ich mich mit dem Dichterwort:

Und drüht der Winter noch so sehr
Mit trotzigem Geberden
Und streut er Schnee und Eis umher,
Es muß doch Frühling werden.
(Stürmische Weiterleit.)

Abg. v. Geyser (natl.): Ich bedauere, daß der Regierungskommissar kein Wort gefunden hat, um seine „objektive“ Beleidigung gegen ein Mitglied des Hauses abzuwehren und zurückzunehmen. Die Universitäten sollen in der Tat das deutsche Volk auch jetzt noch schützen vor dem verderblichen Geist, der von jenseits der Alpen herüberweht. (Große Unruhe im Zentrum.) Noch den Daten der letzten 20 Jahre war es notwendig, daß der deutsche Geist sich endlich gegen den Ultramontanismus empörte. (Lebhafte Beifall links. Langanhaltende Unruhe, Lärm und Lachen im Zentrum.)

Ministerialdirektor Althoff: Ich hätte die objektive Beleidigung gern schon gestern zurückgenommen, wenn ich nicht gefürchtet hätte, damit wiederum meine Befugnis als Regierungskommissar zu überschreiten. (Lachen links.) Ich erkläre mit dem größten Vergnügen, daß mir der Gedanke, den Abg. Friedberg zu beleidigen, völlig ferngelegen hat. (Lebhafte Beifall.)

Kultusminister Dr. Studt: Ich habe den Studenten gern Verzeihung gewährt und habe auch meinerseits gern gegenüber dem in Marburg drohenden Konflikt nachgegeben. Natürlich muß ich darauf bestehen, daß in jedem einzelnen Falle eine Ordnungswidrigkeit wieder gütgemacht und der akademischen Disziplin Genugtuung verschafft wird.

Abg. Dr. Jäncke (natl.): Ich erhebe Protest gegen die Behauptung vom Regierungskommissar, daß der gesamte akademische Lehrkörper der Studentendebatte feindselig gegenüberstehe. Es seien ja nicht alle so zur Pöbelerei gekommen, wie Herr Dr. Spahn. (Große Unruhe im Zentrum.)

Durch einen Schlußantrag, der Annahme findet, wird die Debatte über die akademische Freiheit beendet.

Es folgt der Antrag **Kreudt:** Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Gedächtnisfeier des hundertsten Todestages von Friedrich Schiller

in allen öffentlichen Schulen Preußens herbeizuführen und sich bereit zu erklären, die hierfür erforderlichen Mittel zu bewilligen. (Abg. Dr. Kreudt (fr. Vp.) begründet den Antrag.)

Abg. Felsche (L.): Auch wir Konservativen verehren Schiller, weil er gezeigt hat, daß auch ohne Lösung von Recht und Sittlichkeit in einem reinen Familienleben geniale Werke geschaffen werden können. Aber wir wollen keine uniformierte Feier, die von oben her kommandiert wird, zumal in vielen ländlichen Schulen die Kinder den Namen Schiller gewiß noch nie gehört haben. (Abg. Träger (fr. Vp.) hätte nicht geglaubt, daß gegen einen solchen Antrag sich Widerspruch erheben würde. Schulen, in denen Schillers Name nie genannt würde, gehörten hoffentlich zu den größten Seltenheiten. Der Redner erinnert an den unbefriediglichen Enthusiasmus, der anlässlich der Schiller-Feier im Jahre 1859 im ganzen deutschen Volke geherrscht habe. Er protestiert gegen die Parifizierung Schillerischer Dichtungen in den Schul-Büchereien und bezeichnet sie als verwerflicher als Denkmalschändungen. Am liebsten läge er den Antrag sofort unter Durchbrechung der Geschäftsordnung angenommen, aber das preussische Abgeordnetenhaus sei nicht der geeignete Ort zur Durchführung revolutionärer Gedanken. (Stürmische Weiterleit.)

Ein Regierungskommissar verspricht, daß die Regierung die Schiller-Verdammungen in den Schulbüchereien auf das richtige Maß zurückzuführen werde. (Weiterleit.)

Der Antrag **Kreudt** geht an die Unterrichtsverwaltung. Die weitere Beratung des Kultusbudgets wird auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kolonialatmosphäre. Die Budgetkommission des Reichstags fuhr am Donnerstag zunächst in der Debatte über die Forderung für zwei Kolonialatmosphäre fort. Der Kolonialdirektor Dr. Stäbel vertrat sie durch eine Schilderung des wachsenden Umfangs der Kolonialgeschäfte zu begründen. Eine fortlaufende Verichterstattung über fremdländische Kolonien sei notwendig. Die nötigen Studien liegen sich am besten in London und Paris machen; bisher hätten die Berichte sehr mangelhaft gewirkt. Abg. Dr. Müller-Sagan bestritt nicht, daß es notwendig sei, Erfahrungen anderer Völker zu beachten, aber die Herren könnten in Paris und London auch nur am grünen Tisch arbeiten. Abg. Dr. Kreudt sprach sich gegen die Entsendung der Attachés aus. Wenn man etwas wolle, solle man in die Kolonien selbst hineingehen; in Paris und London könnten sie nicht mehr lernen als in Berlin. Gerade die Kolonialfreunde sollten sich hüten, unnütze Sinecuren zu bewilligen. Mit großer Schärfe wandte sich Abg. Dr. Sadelum gegen die Regierung und gegen die zweideutige Haltung der Zentrumspartei auch in dieser Frage. Es ist natürlich, daß die Regierung die Förderung stelle, weil sie sonst ihre frühere Haltung desabonieren würde. Staatssekretär des Auswärtigen v. Richthofen bestritt, daß die Förderung gewissermaßen aus Eigensinn nochmals wieder eingeleitet worden sei. Die Attachés hätten sich bewährt. Das Reich mache ein gutes Geschäft, wenn man durch dauernd stationierte Beamte die Entsendung von Kommissionen überflüssig mache. Abg. Erzberger begründete den Antrag, die Hälfte der Summe für einen Kolonialatmosphäre in London in den einmaligen Etat einzusetzen. Im Interesse der Sparsamkeit solle man diesen Antrag annehmen. Nachdem der Abgeordnete v. Staudy für die Forderung der Regierung gesprochen hatte, sprach auch Abgeordneter Graf Orlova die Zustimmung der Nationalliberalen aus. Abg. Ledebour wies zunächst den Antrag Erzberger zurück, dessen Motivierung widersprüchlich ist und der lediglich dazu dienen soll, der Regierung entgegenzukommen. Sachlich sei die Forderung unbegründet, weil die Auskünfte über die Verwaltungspraxis fremder Kolonien die Konsula und Generalkonsula zu liefern hätten. Die Förderung unserer kaufmännischen und industriellen Interessen durch solche Attachés sei pure Redensart. Der Antrag des Zentrums wurde schließlich gegen die Stimmen der Linken und des Abg. Kreudt angenommen. Die Regierung fordert Mittel zur Ausbildung von sogenannten Kolonialbeamten, um einen Stamm von eigenen Kolonial-

beamten heranzuziehen; ohne Unterschied sollen die Eleven in dem subalternen Dienste zunächst beschäftigt werden, dann aber auch Gelegenheit haben, in die höheren Posten aufzurücken. Die Forderung wurde bewilligt.

Wahlprüfungs-Kommission. Die Wahl des Abgeordneten Am Jahnhoff (Z.) ist trotz der großen Majorität von Stimmen, die er erhielt — Am Jahnhoff 13 145, Soziald. 1590, Nationall. 1046, Freisinn. 1025 — durch Wahlprotest angefochten worden. In dem Protest wird besonders die Verhinderung der Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter durch Gemeindebehörden gerügt. Die Kommission hielt aber diese Behauptungen für unerschließlich, weil die Verbreiter bis zum Tage der Wahl noch genügend Zeit zur Beschwärzung hatten. Einige andere Protestpunkte wurden für unerschließlich erachtet, weil, wenn ihre Verurteilung auch zur Kassierung der Wahlergebnisse in den betreffenden Orten führen würde, dies ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis der Wahl bleiben würde. Daher beschloß die Kommission, die Wahl des Abgeordneten Am Jahnhoff, Wahlkreis Reuß-Grevenbroich, Reg.-Bez. Düsseldorf, für gültig zu erklären.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Lage am Tschaho. London, 23. Februar. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio: Die Russen, deren Hauptmacht noch auf dem rechten Ufer des Tschaho steht, fahren fort, starke Verteidigungswerte an dem Fluße aufzuführen. Ruropatkin ist häufig unterwegs zwischen Koganshi im Mittelpunkt der Angriffslinie und Hanlatai. Es heißt, daß er an einem Augenübel leide, welches durch die strenge Kälte hervorgerufen wurde. Er soll die Sehkraft auf einem Auge vorübergehend eingebüßt haben. Es sind jetzt schon fünf kleine Schiffe im Hafen von Port Arthur wieder flott gemacht worden. Die in Wladiwostok liegende Flotte fuhr kürzlich aus dem Hafen heraus, setzte jedoch, als sie des Blockadeschiffers ansichtig wurde, in Eile zurück.

Zur Frage des Friedensschlusses. Brüssel, 23. Februar. Der Pariser Korrespondent der „Gazette“ hat über die Friedensfrage persönliche Erkundigungen eingegeben, aus denen hervorgeht, daß Delcassé die russische Regierung über die Friedensfrage sondiert hat. Die Antwort Rußlands läßt keinen Zweifel über die friedliche Disposition der russischen Regierung, welche aber noch einige Zeit verstreichen lassen will, bevor sie den Frieden schließt, in der Hoffnung, daß es den russischen Truppen in der Mandchurie gelingen wird, wenn auch den kleinsten Sieg zu erringen, der es der russischen Regierung gestatten würde, einer ehrenvollen Frieden abzuschließen.

New York, 23. Februar. („Lassan“-Meldung.) Das Staatsdepartement ist, wie der Washingtoner Korrespondent der „New York Sun“ aus bester Quelle mitteilen kann, amtlich benachrichtigt worden, daß Japan bereit ist, in Vorschlägen über den Friedensschluß einzutreten, aber bevor die Unterhandlungen beginnen, die Bedingung stellt, daß Korea unter japanischer Aufsicht und die Integrität der Mandchurie erhalten bleibt. Japan überläßt es Rußland, Vorschläge zu machen. Wie verlautet, hat Japan nicht den Wunsch, Rußland großen Demütigungen zu unterwerfen und ist damit einverstanden, daß das Friedensabkommen in Ausdrücken abgefaßt wird, welche die Inhumanität der Fortsetzung des Krieges und die Einstellung der Feindseligkeiten auf diesem Grunde hervorheben. (1) In Washington ist man geneigt, zu glauben, daß Japan auf der Zahlung einer Entschädigung nicht bestehen und daß Washington der Ehre der Friedensverhandlungen sein würde.

Tokio, 23. Februar. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Japan hofft, eine neue Flotte von Torpedobootszerstörern innerhalb eines Jahres fertigzustellen. Jedes dieser Schiffe soll 380 Tonnen groß sein, eine Geschwindigkeit von 29 Knoten und die gebräuchlichste Bewaffnung haben. Zehn neuerdings gebaute Torpedoboots werden jetzt in Dienst gestellt.

Tokio, 23. Februar. Amtlich wird bekanntgegeben, daß demnächst eine neue, und zwar die vierte, innere Anleihe von 100 Millionen Yen zum Kurse von 90 Prozent angedeutet werden soll. Die Anleihe soll mit 6 Prozent verzinslich und in sieben Jahren rückzahlbar sein. Ihre Ausgabe wurde auf einer Versammlung beschlossen, an der sich Bankfirmen von Tokio, Yokohama, Osaka, Nagoya und Kyoto beteiligten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend. Die Tarifverhandlungen und die Arbeitsvermittlung im Kürschnergewerbe. Nachdem auf Beschluß der Generalversammlung des Verbandes der Kürschner Berlins der Tarifvertrag der Pelzbranche gekündigt wurde, fand am 13. Februar eine gemeinsame Sitzung der Vorstände und der Schlichtungskommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, um über den Entwurf zu einem neuen Vertrag zu beraten. Die Arbeitgeber erklärten sich im allgemeinen mit den von den Arbeitnehmern beantragten Änderungen einverstanden, von denen die wichtigste eine bessere Regelung der Arbeitszeit an den Sonntagen und eine genauere, alle Irrtümer ausschließende Abfassung dieses Paragraphen des Vertrages betrifft. Nicht minder wichtig erscheint es den Arbeitnehmern, daß das Inserieren nach Arbeitskräften und das Umschauen gänglich abgeschafft werde, und daß die Arbeitgeber sich verpflichten, Arbeitskräfte lediglich durch die Arbeitsnachweise der Organisation zu beziehen. Gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung in den Vertrag verhielten sich die Arbeitgeber jedoch ablehnend. Am Mittwoch tagte nun eine Mitgliederversammlung des Berliner Kürschnerverbandes, die sich besonders mit der Frage der Arbeitsvermittlung befaßte. Der Referent Regge wies darauf hin, wie ernstlich es ist und wie schädlich es auf die Lohnverhältnisse einwirkt, wenn man durch das Umschauen oder nach Zeitungsannoncen Arbeit sucht. Hierbei wurde erwähnt, daß die Firma Mayer u. Co., in der Kommandantenstraße, einem auf dem Arbeitsnachweise bestellenden tüchtigen Gehilfen, der bisher 36 M. verdiente, 27 M. geboten habe und dann, als sie so billige Arbeitskräfte vom Nachweise nicht erhalten konnte, in den Zeitungen annoncierte, und daß diese Firma überhaupt Lohndruckerie betreibt. Die Versammlung übertrug diese Angelegenheit dem Vorstand und nahm ferner folgende Resolution einstimmig an:

„In Erwägung, daß es im ureigenen Interesse der Arbeiterklasse liegt, ihre Arbeitskraft unter den günstigsten Bedingungen zu veräußern, und dementsprechend die Arbeiter auch das lebhafteste Interesse daran haben, unter welchen Bedingungen sich die Arbeitsvermittlung vollzieht, erklärt die heutige Versammlung dafür eintreten zu wollen, daß bei Abschluß des neuen Vertrages mit der Annahme und dem Verein der Pelzwarenfabrikanten die Arbeitsvermittlung derart geregelt wird, daß jedes Inserieren in den Zeitungen aufhört und nur die Arbeitsnachweise der Organisation in Anspruch genommen werden. Die Kollegen und Kolleginnen verpflichten sich, im Sinne dieser Resolution zu handeln.“

An der Abschließung des neuen Tarifvertrages wird übrigens auch die hiesige Zahlstelle des Deutschen Kürschnerverbandes teilnehmen, da eine Einigung hierüber auf Antrag der Zahlstelle mit dem Berliner Verband zustande gekommen ist.

Ueber die Verhältnisse bei der Schuhwarenfirma Pinner wird uns auf die Berichtigung derselben von der Organisation folgendes mitgeteilt: Der Gläubiger erhielt erst 25 Pf., nachher 15 Pf. Auf Vorhalt wurde demselben versprochen, ihm in der Woche 27 M. zu garantieren, dann aber mußte er für 15 Pf. glätten. Den Arbeits-

willigen wird jetzt für dieselbe Arbeit 30 Pf. bezahlt. Außerdem sind noch verschiedene „Lohnregulierungen“ oder „Kerierungen“, wie es der Chef zu nennen beliebt, vorgekommen, welche Lohnreduzierungen gleich zu achten sind! Wenn auch die Löhne der Firma nicht die schlechtesten sind, so wird doch auch nicht der höchste Lohn bezahlt. Von 100 Proz. mehr als in anderen Fabriken kann erst recht keine Rede sein. Höchster Lohn in der Wendeabteilung war 20 M., die übrigen Leute aber sind mit Löhnen von 16, 17 M. pro Woche nach Hause gegangen, verdienen höchstens mal 23 M. Ein Teilarbeiter hat allerdings bis zu 30 M. verdient; den übrigen Arbeitern der Wende-Abteilung erklärte der Fabrikant, daß er sich bei diesem in der Kalkulation geirrt habe und nun um so vorsichtiger bei ihnen sein müsse. Heute ist der betreffende Arbeitswilliger, zum Dank für den ihm verliehenen Ausnahmeloohn, — Von einem Ueberfall des Fabrikanten kann keine Rede sein. 14 Tage hat die Wende-Abteilung gewartet auf Regelung der Sache. Sonnabend vor Ausbruch des Streiks ließ Herr Borinski die Leute von 7—1/2 Uhr abends warten. Am Dienstagmorgen verlangte er, als dieselben wieder vorstellig wurden, Bedenkzeit bis zum Abend. Die Kollegen befürchteten, daß es wieder 9 Uhr werden würde und beschloßen, mittags bis 4 Uhr Bescheid zu verlangen. Da wurde allerdings der Chef durch den Werksführer telefonisch herbeigeholt. Der Bruder des Fabrikanten nannte die Kommission, weil sie so oft vorstellig wurde, Hull-Kommission. Der Fabrikant ließ sich in Unterredungen nicht mehr ein, erklärte vielmehr, nur noch fünf Minuten Zeit für die Leute zu haben. Darauf legte die Wende-Abteilung allerdings die Arbeit nieder. Verdugt war der Fabrikant, als anderen Tages die mechanische Abteilung, als die Vorkesseln des Ausschusses nichts nutzten, ebenfalls die Arbeit niederlegte. Auf den Kernpunkt der Sache geht der Herr Fabrikant gar nicht ein. Mit dem Wochenlohn waren die Arbeiter zufrieden; er legte denselben jedoch einen Allorlohn vor, für welchen die Leute nicht arbeiten konnten. — Was die Arbeitswilligen anbelangt, so mögen 120 Leute in der Lohnliste verzeichnet stehen, vom Kontorpersonal und Hausdiener bis zu den Stepperrinnen und Einfasserrinnen (alte Frauen), welche außer dem Hause beschäftigt sind. Ob diese letzteren aber jetzt genügend Arbeit haben, möchten wir bezweifeln. An Stelle der 76 Streikenden, welche das eigentliche Betriebspersonal der Fabrik bilden, sind augenblicklich beschäftigt: 1 Zwiider, 1 Dimsler, 2 Durchnäher, 1 Glätter, 2 Zuschneider, 5 Wager, 3 Wendezwider, 1 Stanger, 1 Reißschuhputzer, zusammen 17 Mann. Am ersten Tage versprach die Fabrik den Arbeitswilligen 27 M. pro Woche. Die später kamen, erhielten diesen Lohnjah nicht mehr. Viele der Arbeitswilligen hörten auf, weil sie nicht genügend verdienen respektive deshalb, weil ihnen das versprochene Schriftstück über die 300 M. nicht vorgelegt wurde. — Was die gewalttätige und gewalttätige Art und Weise anlangt, so ist von dieser auf Seiten der Streikenden gewiß nicht die Rede. Der Fabrikant weiß selbst, daß verschiedene Arbeitswillige (1) mit dem Revolver in der Fabrik renommiert haben!

In der Dampf-Mehlmaschine zu Köpenick, Friedrichshagenstraße, sind Differenzen ausgebrochen.

Deutsches Reich. Achtung, Tapezierer! Die Firma Bagier u. Comp. in Dresden sucht Tapezierer. Wie erluchen, die Firma zu meiden, da sich die Kollegen dort im Streik befinden. Die Verbandsleitung.

Die nützlichen Elemente. Der Crimmitschauer Arbeitswillige Vogel, auf dessen Brief hin die Genossen Hecht und Schiller ins Gefängnis geworfen wurden, bis sie die hinterlegte Kaution von 20 000 Mark befreite, ist nach einer Mitteilung des „Zeitungsbote“ ein mehrfach bestraffter Mensch. Er ist u. a. schon einmal wegen Schreibens anonymer Briefe mit Gefängnis bestraft. — Das ist der Kronzeuge des Unternehmertums und der Staatsanwaltschaft!

Die Crimmitschauer Textilbarone können auch sonst keinen Staat mit ihren Helfern machen. Am 18. Februar wurde der Fabrikarbeiter Kaabe aus Crimmitschau vom Landgericht in Jwidau wegen verschiedener Diebstähle zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 9 Monaten, fünfjährigem Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht verurteilt. Derselbe war Mitglied vom „Nationalen Arbeiter-Unterstützungsverein“. Seine letzte Strafe betrug 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus. Nach einem letzten Ausfluge des genannten Vereins nach Rudolfsweiler hielt er daselbst eine Rede und verherrlichte Rottke, Waldersee u. a. Hierauf stahl er einem Kellner Heberzieher und Gut. Und mit diesen Mitgliedern wollten die Crimmitschauer Unternehmer den organisierten Arbeitern einen Damm entgegenstellen. Wirklich, sie können stolz darauf sein!

Streikdemonstration und Polizei-Attaken in Helsingborg. In der schwedischen Stadt Helsingborg streifen zurzeit die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hemdenfabrik von Stenström. Um gegen die Streikbrecherinnen, die die Firma eingestellt hatte, zu demonstrieren, versammelten sich am Dienstag abend mehrere Tausend Personen in der Nytorgsgrata und gaben ihren Unwillen durch Hurufe und Weisen kund. Plötzlich erschien eine Abteilung berittener Polizei, die rücksichtslos auf die Menge einströmte und nach echt russischer Manier mit den sogenannten Hundepöscheln und mit Säbelklingen Schläge austeilte. Darauf wurde von einem nahe gelegenen Hügel mit Steinen nach den Polizeileuten geworfen. Einige wurde getroffen, jedoch ohne Verletzungen davonzutragen. Der Kravall dauerte einige Stunden. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Arbeiter - Radfahrer - Verein „Rixdorf“
M. d. A. u. B. „Solidarität“. Vereinslokal: H. Thiel, Derystraße 151/152.
Sitzung jeden Donnerstag 9 Uhr abends.
1. Sonntag, den 26. Februar, abends 6 Uhr: Vortrag des Genossen Schriftsteller N. H. Baugo über „Vadel und Videl“. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Gatte herzlich willkommen. 11/17
2. 5. März nach Bubenort bei Schulz.
12. März nach Wilschwerber bei Freund.
19. März nach Karolinenhof bei Mand.
26. März nach Stolpe an der Nordbahn bei Bergemann.
6. April: General-Versammlung. Der Vorstand.

Blutarme und Bleichsüchtige
Kaufen das **Haematogen** Flasche Mark 1.50, 5 Flaschen 7 Mark nur bei 1908.
Gustav Behm, Frankfurt a. M. 120, Ebertstraße 46. Rixdorf, Hermannstraße 46.

Heute: Frische Blut- u. Leber-Wurst
in bekannter tadelloser Qualität.
Rich. Augustin, Lindenstr. 69, Hofpartee, Brühlstr. und Wilschstr. Sitzungszimmer. Tel. Amt IV, 8729.

Fellow-Zigaretten
2-5 Pfennig.

Fellow-Zigaretten
2-5 Pfennig.

Wörzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Ungar-Würzburg. — 20 Pf.
In Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße, Greif-Apothek, Sarnimstr. 33.
In Breslau: 16371, Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 34.
Hundekrankheiten
Spezialbehandlung. Tierarzt Philipp, Rixdorf, Wilschstr. 11, 4-5, Sonntags nur vormittags.

Sie haben gesehen, welche Empfehlung wir:
Die Armen der Demokratie.
 Von Gustav Knoch. Brosch. 1.- M.
 Gebunden statt 4,60 1,50
Um die Freiheit. Von Robert Schewel. Geschichtlicher Roman aus den heutigsten Bauernkriegen 1835. Brosch. 2.-
 Gebunden statt 3.- 1.-
Victoria. Von Minna Kausch. Sozialer Roman. Brosch. 1.-
 Gebunden statt 5.- 2.-
Albert Dukes sämtl. Dramen.
 3 Bände. Brosch. 1,50
 Gebunden statt 9.- 3.-
Albert Dukes Gedichte.
 Gebunden statt 1,50 1.-
Lichtstrahlen der Poesie.
 Gedichtsammlung, ausgewählt von Max Regal. Geb. statt 1,50
Sonnenblumen. Eine Sammlung Gedichte verschiedener Autoren auf hohen Blättern, in eleg. Mappe, statt 10.- 3.-
 Ferner empfehlen wir:
Henkell. Gedichte für das Volk - 30
 „ Gipsel und Grinde. Brosch. 2,50, geb. 4.-
 „ Trugnachrichten. 1,50
 „ Mein Niederbach. Brosch. 1.-, geb. 2.-
Krille. Was engen Gassen. Gedichte. - 60
Lessen. Radeln der Zeit. Gedichte. - 50
 Geben erlassen:
Neue Lieder. Gedichte von Heinrich Kämpfer. 1.-
Buchhandlung Vorwärts,
 Berlin SW. 68,
 Lindenstr. 69, Laden.

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik**
 Gustav Duffig, Berlin. Pringel-
 druck 48, versendet gegen Nachnahme
 100 Stück Bettfedern 2. Hb. 28. 91.
 100 Stück Bettfedern 3. Hb. 28. 1.26.
 100 Stück Bettfedern 4. Hb. 28. 1.75.
 100 Stück Bettfedern 5. Hb. 28. 2.25.
 100 Stück Bettfedern 6. Hb. 28. 2.75.
 Bei diesen Preisen sind
 3 bis 4 Stück zum großen Oberteil.
 Verpackung frei. Preis u. Proben
 gratis. Bitte Anordnungen.

Achtung! Vereine!
Neues Klub-Haus
 72. Kommandantenstr. 72.
 Säle (mit Bühne) noch frei am
 Sonntag, den 19. März, sowie
 Sonnabende und Sonntage im April.
 2. u. 3. Churfesttag noch zu vergeben.

Einsegnungs- Anzüge

in den neuesten Façons
 in blau und schwarz Kammgarn
 und Cheviot.

Julius Lindenbaum,

Größe Frankfurterstr. 141,
 Ecke Fruchtstraße.

Größtes Etablissement
 des Ostens, Nordostens u. Südostens.

Anerkannt reellste u. billigste Bezugsquelle.



Prosit! Böhmisches Brauhaus.
 BERLIN.



Empfehlen unser helles u. dunkles

Tafelbier:

Gambrinusbräu (Münchener)
 Nepomukbräu (Pilsener)

Böhmisches Brauhaus NO.

Fass-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5098.
 Flaschen- „ Frieden-Strasse 93. T. VII. 1670.
 Unsere Original-Abzug-Flaschenbier in fast allen
 Kolonialwaren-Handlungen. 1782L.*

Am Mittwoch, den 22. d. M.,
 verließ unser lieber Kollege, Herr
Paul Hammer
 im 62. Lebensjahre.
 Er war uns ein Kollege in des
 Wortes edelster Bedeutung.
 Ein ehrendes Andenken wird
 ihm stets bewahren
das Setzerpersonal der
„Voss. Ztg.“
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 24. d. M., nach-
 mittags 4 Uhr, auf der Begräbnis-
 stätte der Freireligiösen Gemeinde,
 Vappel-Allee, statt. 24176

Typographia.
 Den Mitgliedern die betäubende
 Nachricht, daß unser althergebrachtes
 Eisenmitglied (Mitbegründer des
 Vereins), Kollege

Paul Hammer
 am Mittwoch nachmittag im
 62. Lebensjahre verschieden ist.
 Sein stets reges Interesse an
 den Verbindungen des Vereins
 führen ihm ein bleibendes An-
 denken bei den Mitgliedern.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 26. Februar,
 nachmittags 4 Uhr, von der
 Leichenhalle des Friedhofes der
 Freireligiösen Gemeinde,
 Vappel-Allee, aus statt.
Der Vorstand.

Typographia.
 Anfolge der am Sonntag statt-
 findenden Beerdigung findet die
 Herrenpartie erst am 5. März statt.
Der Vorstand.

Herrentragen, rein Wein. 4 f.
 beste Qualität. Dk. M. 3 u. 3,50.
 Manschetten, prima. 4fach
 1/2 Dk. M. 1,80 und 2,25.
 Servietten, größte Auswahl
 Stück von 30 Pf. an.
 Kravatten, Handschuhe,
 Hosenträger, Taschentücher,
 Strümpfe etc.
 Detailverkauf zu Engros-Preisen.
Ernst Marcuse
 23. Münzstrasse 23.

Mit 3000 M. Anzahlung
 ist eine gute Brotstube durch Über-
 nahme eines alten Gastwirt-
 Grundstückes in Schwedt zu er-
 werden. A. Minze, Jägerstr.

**Verband
der Möbelpollerer.**
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Fritz Lindemann
 verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag, den 24. Februar, nach-
 mittags 3 Uhr, vom Trauerhause,
 Kirchhofstr. 9, nach dem Kirchhof
 Krug-Allee, bei Baumhüttenweg,
 statt.
 145/1 **Der Vorstand.**

**Invaliden - Unterstützungskasse
d. Steindrucker u. Lithographen.**
 Die Beerdigung des am 22. Fe-
 bruar verstorbenen Steindruckers

Heinrich König
 findet statt am Sonntag, den
 26. Februar, nachmittags 4 Uhr,
 von der Leichenhalle des Markus-
 Kirchhofes in Wilhelmshagen.
 24196 **Das Komitee.**

**Invaliden - Unterstützungskasse
d. Steindrucker u. Lithographen.**
 Die Beerdigung des am 22. Fe-
 bruar verstorbenen Lithographen

Karl Vesper
 findet statt am Sonntag, den
 26. Februar, nachmittags 1 Uhr,
 auf dem Heiligen Kreuz-Kirchhof
 in Mariendorf.
 24206 **Das Komitee.**

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herz-
 licher Teilnahme sowie für die
 zahlreichen Kranzgeschenke bei der
 Beerdigung meines lieben Mannes
 sage allen Verwandten und Be-
 kannten, sowie dem Wahlverein
 Grünau, dem Verbande der
 Handels- und Transportarbeiter,
 sowie dem Arbeiter-Rabjahrenklub
 „Vorwärts“ Adpenitz (W. d. S.)
 meinen herzlichsten Dank. 21692
 Grünau, den 23. Februar.
 Witwe Berta Stabbert geb. Koplack.

Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spezialarzt für 72/7*
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.**
Todes-Anzeige.
 Am Dienstag, den 21. d. M.,
 verstarb unser Mitglied, der Kupfer-
 schmidt
Wilhelm Tornow
 Kastanien-Allee 95/96.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet
 nachmittags 4 Uhr, von
 der Leichenhalle des Getzemann-
 Friedhofes in Nordend aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung erucht
 246/15 **Der Vorstand.**

**Verband der Kupferschmiede
Deutschlands.**
Filiale Berlin.
 Am 21. d. Mts. verstarb an
 Herzschwäche unser langjähriges
 Mitglied, der Kollege
Wilhelm Tornow
 im 45. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonnabend, den 25. d. Mts.,
 nachmittags 4 Uhr von der Leichen-
 Halle des St. Dionis-Kirchhofes in
 Nieder-Schönhausen (Nordend)
 aus statt.
 Um rege Beteiligung bittet
 100/1 **Der Vorstand.**

Verband der Möbelpollerer.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß der Kollege
Emil Wahrenholz
 gestorben ist. 145/12
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 26. Februar, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 Halle des Kirchhofes der Sanft-
 Andreas-Gemeinde zu Hohen-
 Schönhausen aus statt.
 Um recht zahlreiche Beteiligung
 bittet
Der Vorstand.

Zigarrengeschäft
 gut gefülltes, im Westen, ist um-
 ständehalber zum 1. März er. zu ver-
 kaufen. 21692*
C. Grüneberg & Sohn,
 SW. Kochstr. 9.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. Berlin O. Frankfurter Allee 89.

Großer Ausverkauf

wegen

Umzug.

Am Sonnabend, den 25. Februar,

beginnt der große Umzugs-Ausverkauf in

sämtlichen Abteilungen meiner reich sortierten Läger.

Lokales.

Die erste Lesung des Stadthaushalts-Etats für 1905.

Der Kammerer unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin besetzt in die Reden, mit denen er alljährlich den Entwurf des neuen Stadthaushalts-Etats einführt und ihn dem Wohlwollen der Stadtverordneten-Versammlung empfiehlt, allerlei humorvolle und witzige Bemerkungen einzuflechten — gestern aber schien er nicht sonderlich zum Scherzen aufgeleitet. Dafür versuchte nachher der Oberbürgermeister, die Versammlung durch Späße zu erheitern, und er erzielte damit bei der Mehrheit auch den gewünschten Erfolg. Diese Vertauschung der Rollen war bezeichnend. Herr Nach, der Kammerer, weiß nur zu gut, daß die Aufgabe, den Etat bei dem bisherigen Steuerjahre zu balancieren, von Jahr zu Jahr schwerer wird. Und ebenso genau weiß Herr Kirchner, daß die Sozialdemokratie, wegen die er seine Späße richtete, bei ihrer Kritik der Leistungen der Berliner Kommunalverwaltung die erdrückende Majorität der Bevölkerung hinter sich hat. Dem Kammerer war gestern der echte Humor geschwunden, den er sonst besitzt. Der Oberbürgermeister suchte durch Galgenhumor darüber hinwegzutäuschen, daß ihm gar nicht heiter zu Mute war.

Der sozialdemokratische Redner, Genosse V o r g m a n n, erhielt diesmal sogleich nach des Kammerers Rede als erster das Wort. Damit hat von vornherein ein stark kritischer Zug in die Etatsdebatten hinein. Die Liste von Bemängelungen und Anregungen, die Vorgmann vortrug, war nicht kürzer als in früheren Jahren. Die städtischen Werke, ihr Betrieb und ihre Arbeitsverhältnisse, das Schulwesen, das Gesundheitswesen, das Armenwesen, die Beziehungen der Stadtgemeinde zu den Straßenbahn-Gesellschaften, die Eingemeindungsfrage, die Drangsalierung der städtischen Verwaltung durch die Staatsregierung wurden von unserem Redner in den Kreis seiner Betrachtung gezogen. Die scharfe Kritik, die er übte, schloß mit einem Hinweis auf des Oberbürgermeisters Abneigung gegen Kritik von sozialdemokratischer Seite, die Herr Kirchner in der vorigen Sitzung so offen bekannt hatte.

Dem Redner der Stadtverordneten-Minderheit, die das Vertrauen der Bevölkerung-Mehrheit genießt, antwortete der Führer der Stadtverordneten-Mehrheit, die längst nur noch eine Bevölkerungs-Minderheit hinter sich hat. Es ärgerte Herrn C a s s e l, daß Vorgmann sich einen Vertreter der Besitzlosen genannt hatte. Er versicherte, das sei er auch, und damit man's ihm glaube, zählte er auf, was alles die Stadt Berlin unter der Regide der Casselschen Parteigänger für die Unbemittelten getan habe und noch tue. Im übrigen pries er seine Finanzkunst, die es wiederum ermöglicht habe, daß der Etat mit 100 Proz. Einkommensteuer aufgestellt werden konnte. Der Kammerer hatte zwar im ersten Teil seiner Einführungsrede geäußert, warum das diesmal nicht schwer war, und im zweiten Teil durchblicken lassen, daß es das nächste Mal weniger leicht sein werde. Aber Cassel kümmerte das nicht, und er schloß mit folgenderem Schlußwort ab.

Auf Cassel folgte K i r s c h n e r. Der Herr Oberbürgermeister schilderte, was Berlin unter anderem in der Krankenpflege geleistet bzw. erst noch leisten wolle. Er meinte, das „stehe beispiellos da“, und dann witzelte er über die Sozialdemokraten, denen auch die doppelte Leistung nicht genügen würde. Auf seiner Seite habe der Magistrat die Sozialdemokratie eigentlich nur dann, wenn Geld ausgegeben werden solle, aber vor d i e s e r Unterstützung werde ihm manchmal doch recht bange. Herr Kirchner vergaß, hinzuzufügen, daß gerade die Sozialdemokratie jederzeit auch bemüht gewesen ist, der Stadt neue E i n n a h m e n z u e r r e i c h e n, damit ihr reichlichere Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zuzuführen — aber hierbei hat sie freilich weder den Magistrat noch die freisinnige Mehrheit der Versammlung auf ihrer Seite gehabt.

Das Interesse an der Debatte war hiermit so ziemlich erschöpft. Als Herr R o s e n o w (Neue Linde) begann, leerte sich rasch der Saal. Herr G e l p e (Fraktion Mommsen) fand ebensowenig Beachtung, und Herr B r e u ß (Sozial-Fortschrittler) teilte das Schicksal beider. Der Statentwurf wurde nach vierundeinhalbstündiger Beratung dem Ausschuss überwiesen, der ihn nun im einzelnen zu prüfen haben wird.

Eine Ausstellung von Erzeugnissen der Handindustrie in Berlin ist für den Herbst dieses Jahres in Vorbereitung. Ihr Zweck ist, weitesten Kreisen ein möglichst umfassendes, völlig objektives und anschauliches Bild von den Zuständen in der Hausindustrie und den Verhältnissen der in ihr arbeitenden Bevölkerung zu geben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich Vertreter fast aller Arbeiter-Organisationen, in deren Bereich Heimarbeit fällt, zu gemeinsamem Wirken vereinigt: Die freien Gewerkschaften, der Verband christlicher Gewerkschaften und der Verband deutscher Gewerksvereine (Kirch-Dunker). Ebenso haben zahlreiche Vertreter bürgerlicher Kreise sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Nach mehreren Vorbesprechungen hat am 22. Februar abends eine von allen Beteiligten gut besuchte Sitzung stattgefunden, die ein größeres Kuratorium für die Ausstellungsarbeiten eingesetzt hat. Aus dessen Mitte wurde sodann ein engerer Ausschuss bestellt, dem die Leitung der Vorbereitungen im einzelnen obliegt; er besteht aus folgenden Mitgliedern: Fr. Behm, Ingenieur Bernhardt, R. Dittmann, Prof. Franke, Abg. Goldschmidt, G. Hübsch, Frau Threr, H. Räming, P. Körner, Fr. Lüders, Fr. Salomon, Joh. Tassenbach, A. Schmidt, A. Schulze, Prof. Sommerfeld, Dr. Milbrandt. Ueber den Verlauf der Angelegenheit werden wir von Zeit zu Zeit berichten.

Eine Blamage der christlichen Mildtätigkeit entdeckt die „Deutsche Tageszeitung“ antisemitisch-landläublerischen Kalibers in dem Jahresbericht des Hilfsvereins für Obdachlose. Das Blatt kommt auf das Verzeichnis der für die Vereinszwecke eingegangenen Gaben zu sprechen und meldet:

Unter den 22 Geben unter dem Buchstaben C sind 11 Cohn; der Buchstabe C hat unter sich fast nur Goldberger, Goldschmidt, und Gutmann; unter S kommen die Nachmann, Lewin, Levy, Loewy und Riemann. 46 Mann hoch, nicht ein einziger deutscher Name verunziert diese Rubrik. Dasselbe ist beim Buchstaben R der Fall. Auch die lange Reihe der Salomon, Schlesinger, Simon und ähnlicher Namen unter S weist eine satirische Reihe runder Nüssen zum Teil in fünfstelligen Zahlen auf.

Dies beschämende Zeugnis für das Christentum ärger offenbar die „Deutsche Tageszeitung“, obgleich sie dies bei der Parole ihrer Interessenten, daß Rechnen seliger ist als Geben, gar nicht nötig hat. Statt nun aber den Mangel an Verständnis für die Zwecke des Hilfsvereins an den Christen zu tadeln, segelt das Blatt in seiner Verlogenheit den Kurator des Männerzells, unseren Parteigenossen Singer, in Schulhubermanier an. Der etwas auf seine

Religion gibt, muß sich schämen vor dem Christentum der „Deutschen Tageszeitung“.

Freiwillige Versicherung. Die Landes-Versicherungsdanstalt Berlin erlucht uns, folgendes bekannt zu geben: Kaufleute, Handelsleute, Gast- und Schankwirte, Handwerker, selbständige Schneiderinnen, Krankenpflegerinnen und sonstige selbständige Gewerbetreibende, die den Versicherungsantrage nicht unterliegen, sind zur Selbstversicherung berechtigt, wenn sie a) das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und b) in ihrem Betrieb nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen. Die zur Selbstversicherung erforderlichen grauen Quittungsarten werden von demjenigen Polizeibezirk kostenlos ausgestellt, in dessen Bezirk die Betriebsstelle beziehungsweise Wohnung des zu Versicherenden liegt. Die Versicherung kann in jeder beliebigen Lohnklasse erfolgen. Für jede Kalenderwoche darf nur eine Marke verwendet werden. Zur Verhütung des Erlöschens der Ansprüche aus der Versicherung müssen alle zwei Jahre mindestens 40 Markten verwendet werden. Den genannten Personen wird in ihrem eigenen Interesse dringend geraten, von dem Recht zur Selbstversicherung ausgiebig Gebrauch zu machen. Sie erlangen dadurch folgende Ansprüche: 1. Rente bei dauernder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) ohne Rücksicht auf das Lebensalter. 2. Rente bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, sofern sie länger als 28 Wochen dauert. 3. Rente bei Vollendung des 70. Lebensjahres. 4. Wöchentlich kostenloser Verpflegung in den Heilstätten der Versicherungsanstalt in geeigneten Krankheitsfällen zwecks Verhütung des vorzeitigen Eintritts der Invalidität. 5. Unterstützung der Familie während des Aufenthalts des Familienhauptes in der Heilstätte. 6. Mädelstiftung der Hälfte der geleisteten Beiträge an Frau und Kinder, falls der Versicherte vor Erlangung der Rente stirbt.

Die Synode gegen die „Animierkneipen“. Die Handels- und Gewerbe-Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern mit einem Gesuch des Sittlichkeitsausschusses der Synode zu Berlin, das auf Aufhebung der sogenannten „Animierkneipen“ hinzielt. Der Antrag geht dahin:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, den Minister des Innern zu ersuchen, zu bewirken, gegen jeden Inhaber von sogenannten Animierkneipen das Verfahren auf Entziehung der Konzession einzuleiten, weil er seinen Gasthausbetrieb zur Anregung der Unsitlichkeit benutze.“

Die Kommission erkennt die großen Uebelstände auf diesem Gebiete an, bedauert aber die höchst ungenügende und mangelhafte Begründung der Petition. Es wurde schriftliche Berichterstattung und Behandlung im Plenum beschlossen.

Konkurse. Seine Forderungen eingestellt hat der Rechtsanwalt A. Korn aus der Schillingstraße, der an verschiedenen industriellen Unternehmungen beteiligt war. Die Passiva betragen 1800000 M., während in den Aktiven auch ein Gut im Werte von 300000 M. gehört. — Grobes Aufsehen erregt, wie die „Deutsche Konfektion“ meldet, der Konkurs über die Firma Körner u. Fiedler in Durlandstraße. Die Firma hat als Spezialität wollenen und halbleidenden Stoffe für die Handwebfabrikation fabriziert; die Passiva belaufen sich auf mehr als eine Million Mark.

Mit Spontanität vergiftete sich nach Verübung einer Gewalttat der 23 Jahre alte Arbeiter Gotthard Hartwich aus der Oberstraße. Seine Frau wohnt mit ihrem fünfjährigen Sohn von ihm getrennt im vierten Stock des Hauses Wandersstraße 3. Dort hat sie an den 54 Jahre alten Arbeiter Krohn abvermietet, den sie für ihren Anteil ausgibt. Während der Zeit des Getrenntlebens hat Hartwich eine längere Strafe verbüßt und ist nach seiner Freilassung öfter zu der Frau gekommen. Sie wies ihn stets ab, weil sie wegen der früher erlittenen Mißhandlungen nichts mehr von ihm wissen wollte. Das mochte Krohn wohl auf den Einfluß Krohns zurückzuführen haben. Um an diesem Rache zu nehmen, übergab er gestern morgen um 7 1/2 Uhr an der Wohnung seiner Frau. Als Krohn öffnete, schlug er ihm mit einem Hammer zwei Löcher in den Kopf. Dann entließ er Krohn erkrankte Anzeige. Hartwich entzog sich aber der Bestrafung, indem er in der Wohnung seines Vaters Wirt nahm. Dieser fand ihn in den letzten Tagen.

Ein Kalkwagen mit Ladung und Pferden wurde gestern in der Kurfürstenstraße gestohlen. Während der Rauscher einen Stunden besuchte, wurde das Gefährt nach der Alexandrinenstraße gebracht, wo es bereits mittags um 12 Uhr der Ladung entledigt stand. Ein Passant, der zur genannten Zeit den mit drei Pferden bespannten Wagen sah und abends um 7 Uhr das Gefährt noch an derselben Stelle vorfand, erkrankte bei der Polizei Anzeige. Es stellte sich heraus, daß der Wagen bereits am Nachmittag von dem Fuhrherrn Bouquet, Gleditschstraße 11, als gestohlen gemeldet war.

Ein Kleblatt von Fahrradradern ist vorläufig unschädlich gemacht worden. Der Droßit Karl Schramm sowie die Arbeiter Gerhard Stahl und Albrecht Jordan machten sich verdächtig, als sie angeblich gefahrene Räder in der Friedrichstraße zum Kauf ausboten. Nachdem die Polizei ihnen den unredlichen Erwerb nachgewiesen hatte, gestanden sie ihre bandenmäßige Arbeit ein. Der eine „Baldowerte“ die Gelegenheit an, der zweite hand „Schmiede“ und der dritte führte die Diebstähle aus. Da in der letzten Zeit das Geschäft wegen des schlechten Fahrwetters flau ging, halfen sich die drei dadurch, daß sie auf gefälschte Papiere hin Räder ausliehen und sofort verkauften. Zwei Händler wurden auf diese Weise hineingelegt.

Der „Schwarze Karl“! Als gestern abend gegen 10 Uhr eine Familie in ihre Wohnung in der Wassertrasse zurückkehrte, begegnete ihr auf der Treppe ein junger Mann. Gleich darauf fand das Ehepaar ein Bündel vor der Wohnung, das verschiedene ihm gehörende Sachen enthielt. Der Dieb hatte das inzwischen verschlossene Haus noch nicht verlassen und wurde mit Hilfe eines zufällig eintreffenden Kriminalbeamten in einer auf dem Hofe stehenden Riste verhaftet aufgefunden. In ihm wurde der bestrafte Einbrecher Karl Recklin entdeckt, der den Beinamen „der schwarze Karl“ führt. Man fand bei ihm Diebstahlwerkzeug und einen ganz neuen Anzug, der gleichfalls gestohlen ist. Der Gut trägt das Zeichen M. W.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 24 Stunden ist eine sehr reichhaltige, denn sie weist mehr als ein Dutzend Alarmierungen auf. Donnerstag mittag wurde die Wehr nach der Jossenerstr. 13 gerufen, wo im dritten Stock des Vorderhauses in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war, das Möbel und Kleidungsstücke erfaßt hatte. Der 11. Löscharbeit konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Zwei weitere Wohnungsbrände muckten dann in der Vignitzerstr. 9 und in der Simeonstr. 27 abgelöst werden. — Längere Zeit gab es in der Höchstraße 6 zu tun. Hier brannte allerlei Gerümpel, aller Handgut und Verpackungsmaterial in einem Keller in größerer Ausdehnung. Es mußte kräftig Wasser gegeben werden, um die Flammen zu ersticken und auf den Keller zu beschränken. — In der Reichenbergerstr. 57 war in einer Tischlerei Feuer entstanden, das aber vor 8. Löscharbeit bald unterdrückt wurde. — Gegen Mitternacht erfolgte ein Alarm nach der Vergißlosh-Bräuerei, Aktiengesellschaft, in der Hasenheide 108—114. Es handelte sich hier um einen kleinen Brand im Maschinenraum, der böhlerne Gefesse ergriffen hatte. — Im Zentral-Theater, Alte Jakobstr. 30, war abends durch Kurzschluss in einem Kronleuchter Feuer ausgebrochen, das zum Glück rechtzeitig bemerkt wurde und vom 18. Löscharbeit mit Leichtigkeit abgelöscht werden konnte. Das Publikum merkte von dem Vorfall nichts. — Ein Räderbrand beschäftigte später den 18. Löscharbeit in der Postenstraße 2. — Außerdem liefen noch aus der Schliemannstraße 7, Schönhauser Allee 156, Kottbuserstr. 7 und noch aus ver-

schiedenen anderen Orten Feuermeldungen ein, doch handelte es sich in allen diesen Fällen um ganz geringfügige Anlässe.

Für den fünften Rathhaus-Abend des Vereins zur Förderung der Kunst, welcher Jenseits Peter Jacobson gewidmet ist, hat sich für den Vortrag der Redakteur Paul Hornstein aus Hamburg, für die Rezitation Elisabeth Schneider vom Hoftheater in Weimar zur Verfügung gestellt. Karten a 1,50 M. sind im Vereinsbureau, Albrechtstraße 11, zu haben.

Herr Professor Dr. Otto v. Nordenskiöld hat sich bereit erklärt, seinen Vortrag „Zwei Jahre im Eise des Südpols“ am Dienstag, den 7., und Donnerstag, den 9. März, im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Taubensstraße zu wiederholen. Villetis für diese Vorträge sind bereits von heute ab an der Kasse der Urania erhältlich.

Theater. Im Schiller-Theater N. wird wegen Erkrankung des Fräulein Gusti Weder heute, Freitag, statt der angelegten Erstaufführung von Lothar Schmidts Komödie „Der Leibarzt“ Gustaf Adelburgs Schwan „Familie Schierke“ gegeben. Sonnabend kommt die Komödie „Tom Engels Drama „Im Hofen“, Sonntag abend „Fahmann Henkel“ von Gerhart Hauptmann zur Aufführung. Im Schiller-Theater O. bleibt der Spielplan unverändert. — Lucia von Lammermoor, Donizettis große Oper, gelangt am Freitag durch das Opern-Ensemble des Theater des Westens im Luisen-Theater in erster Besetzung zur Aufführung.

Aus den Nachbarorten.

Steglitz.

Als einen gelungenen Versuch kann man den zum letzten Dienstag abend nach dem „Bürgergarten“ von dem Lehrerkollegium der I. Gemeindefschule einberufenen „Eternabend“ bezeichnen. Daß der Gedanke großen Anklang gefunden, bewies der überfüllte Saal und daß dieser zeitgemäßen Einrichtung von den erschienenen Vätern und Müttern das richtige Verständnis und die regste Sympathie entgegengebracht wurde, zeigte der ganze Verlauf des Abends. — Einige Damen und Herren aus der Bürgerschaft hatten sich in selbstloser Weise bereit gefunden, um durch Musik und Gesang den künstlerischen Rahmen des Eternabends zu schaffen, wie der Vortragende, Herr Rektor Heinicke, einleitend bemerkte. Aus der Mitte der Versammlung wurde noch an die Eltern die Mahnung gerichtet, ihren ganzen Einfluß als Bürger auszuüben, um die Gemeindevertretung zu veranlassen, die Klassenfrequenz in den Volksschulen herabzumindern, um dadurch den Lehrern die Möglichkeit zu verschaffen, die Kinder individuell zu behandeln und damit sowohl den Unterricht als die Erziehung gedeiblicher für die Kinder zu gestalten; was den höheren Schulen recht sei, müsse den Volksschulen billig sein.

Schöneberg.

Der freisinnige Volksverein für Schöneberg hat beschlossen, auf die Tagesordnung seiner nächsten Versammlung ein Referat zu setzen über die Zusammenfassung aller liberalen Elemente für die Kommunalpolitik. Damit sollen die Erklärungen, die im Januar bezüglich der Bildung von Fraktionen abgegeben worden sind, wahr gemacht werden. Bisher war man Arm in Arm mit allen möglichen Elementen zusammengegangen, nur um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir glauben aber nicht, daß es jetzt anders werden wird. Heutzutage wird der Zusammenschluß aller Liberalen nicht so einfach sein, da das gemeinsame Programm auch vor allen Dingen den Interessen der Hausbesitzer Rechnung tragen muß, und diese sind in überwiegender Mehrzahl im Stadtparlament vertreten. Warten wir also ab!

Das Statistische Amt in Schöneberg scheint auch nach dem Motto: „Nur immer langsam voran“ zu arbeiten, denn anders ist es nicht zu verstehen, daß die statistischen Monatsberichte erst immer am Ende des zweiten auf die Berichtzeit folgenden Monats veröffentlicht werden. Ob nun die gegebenen Zahlen bei dieser Langsamkeit auch der Wirklichkeit entsprechen, scheint man jetzt Ursache zu haben, stark bezweifeln zu können. Beweis: Der Bücherbestand der Volksbibliothek war von Monat zu Monat steigend von 17000 bis auf über 18000 angegeben. Tatsächlich waren aber noch nicht einmal 12000 Bücher vorhanden.

Die Einwohnerzahl betrug am Schlusse des Jahres 1904 nach dem veröffentlichten Bericht 130500. Die Zahl der gebrauchsfähig gewordenen Neubauten im verflohenen Jahre beträgt 124 gegen 161 im Vorjahre, ist also um 37 zurückgegangen. Das nächste Jahr dürfte jedoch eine erheblich höhere Zahl bringen. Von diesen Neubauten weisen nur 47 mehr als je 20 Wohnungen auf. — Die am 9. November ausgenommene Wohnungsstatistik ergab 1018 leerstehende Wohnungen. Von diesen sind 154 mit besonderen Geschäftsräumen verbunden, die übrigen bestehen fast durchgängig aus mehreren Zimmern.

Johannisthal.

Die Gemeindevertretung vollzog vor Eintritt in die Tagesordnung die Wahl eines Schöffen. Der bisherige Schöffe Mitsching, dessen Mandat am 18. März d. J. abläuft, erhielt 5 Stimmen, und der Vertreter der dritten Abteilung, Mann, 6 Stimmen. Genosse Ram ist somit gewählt.

Die Vertretung akzeptierte die von dem Vorsteher vorgeschlagene Änderung des Bebauungsplanes für den Kaiser-Wilhelmsplatz und den sogenannten Kirchbauplatz. — Die Neupflasterung der Kaiser-Wilhelmsstraße bis an den Feldweg wurde beschlossen, ebenso die Pflasterung und teilweise höherlegung der Moonstraße. In einem Regenwasser-Ableitungsprojekt für die Moonstraße, auf Kosten der Gemeinde, gab die Vertretung ebenfalls ihre Zustimmung, ohne jedoch ihre Rechte an die Erbschläger Erben, auf Schaffung einer Vorflut für die Entwässerung der Moonstraße, auszugeben. Die Verhandlungen über den Bau eines Gemeindehauses wurden wieder aufgenommen und der Vorsteher beauftragt, mehrere Entwürfe einzufordern.

Nowawes.

Als ein nachträgliches Opfer des Sanden-Kraches ist der Webermeister G. Drahtschmidt in Nowawes zu betrachten, der seit dem 23. Dezember v. J. verabschunden war. Seine Leiche wurde jetzt im Griebnische bei Neubabelsberg gefunden. Drahtschmidt hatte seine Ersparnisse in Papieren der Sanden-Banken angelegt und erlitt bei dem Krach verhältnismäßig erhebliche Verluste. Seitdem wurde er trübselig und schließlich unwohlte sich sein Geiſt derartig, daß er ohne Kopfbedeckung und nur leicht bekleidet vor Weihnachten fortlief, um nicht wiederzukehren. Er hatte sich im Griebnische ertränkt.

Spandau.

Unsere Patrioten sind wieder an der Arbeit, die hiesigen Staatsarbeiter für die Sache der Volksherrscher, der Kolonialadventurer und der Wahlrechtsträuber einzufangen. Seit Wochen wird von Meistern, Aufsehern, Betriebschreibern etc., d. h. den berufsmäßigen Agenten der Konterwahlen, eine ungemein kräftige Propaganda für den „Neuen Wahlverein der Staatsarbeiter und Angehörten“ in den Fabriken selbst entfaltet. Mit dieser Reorganisation hofft man offenbar, die Staatsarbeiter besser unter Polizei-Aufsicht und damit unter die Fuchel der konservativen Wahlmacher zu bringen. Besonders rührig sind die Meister Gannemann, Werner, Betriebschreiber Fr. Kieger und Müller. Diese hatten kürzlich eine Versammlung der Arbeiter nach dem Wilhelmstheater einberufen, in welcher Werner und Müller (beide in der Gewerkschaft beschäftigt) in den Vorstand des neuen

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 24. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Roland von Berlin. Neues Königl. Opern-Theater. Geküsst.
Deutsches. Faust I. Teil. (Anfang 7 Uhr.)
Berliner. Der Kaiserjäger. Felling. Trammulid.
Belten. Die neugierigen Frauen.
Zentral. Die Buchertrakt.
National. Der Freischütz.
Henes. Ein Sommernachtsstraum.
Thalia. Der Kilometerfresser.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Im Hafen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.) Der Leibarzt.
Kleines. Kadisfol.
Residenz. Die neugierigen Frauen.
Kaiserspielhaus. Der Familienakt.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heureuse).
Deutsch-Amerikanisches. New York. Quisen. Götter von Berlin.
Velle. Alliance. Der beste Zip.
Carl Weiss. Die Kinder des Kapitäns Grant.
Kofino. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Apollo. Berliner Luft. Kadremmen. Abend. Kobl. Spezialitäten.
Herrfeld-Theater. Die Neherhains.

Passage-Theater. Lucia Krall. Reichshallen. Steffiner Sänger.
Palast. Dorf und Stadt. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubonstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Schillings Tierleben. Im Hofsaal abends 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh: Die Porzellanfabrikation.
Jubiläumstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum. Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.
Montag: Der Graf von Charolais.

Kleines Theater Anfang 8 Uhr.
Nachtsyl. Sonnabend: Angelo. Der Bär. Sonntag: Angelo. Abschied vom Regiment.
Montag: Die Neuvormählten. — Abschiedssouper.

National-Theater Weinbergsweg 19.
Freitag, den 24. Februar 1905:
Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend: Der Troubadour.

Zentral-Theater Anfang 7 1/2 Uhr.
Die Juxheirat. Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat. Sonnabend nachm. (halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei): Der gestiefelte Kater. Sonntag nachm.: Der Zigeunerbaron.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr:
Gastspiel des Theaters des Westens.
Lucia von Lammermoor. Sonnabend: Dorf und Stadt. Sonntag nachmittags: Der neue Stiefel. Abends: Götter von Berlin.
Montag: Der neue Stiefel.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Kasino-Theater Lothringergasse 37 (Hofenhaller Tor.) Täglich 8 Uhr, Sonn. 7 1/2—8 Konz.ort.
Heirat auf Probe. Vorher das neue Programm. Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Ciampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.) Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Urania, Taubonstr. 48/49.
8 Uhr:
Schillings Tierleben. Hörssaal 8 Uhr: Dr. M. v. Unruh: Die Porzellanfabrikation.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165.
Neu! Rosa Westod, das finnlandische Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 20 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr:
Der Familientag. Sonntag nachmittags:
Das Lumpengefindel.
Apollo-Theater. Heute zum 150. Male:
Berliner Luft. Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Linde.
Dazu die Februartattraktionen und
Radrennen Robl-Arend. Sonntag nachmittags: Venus auf Erden.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Mittwoch: Jeden Abend 8 Uhr! Gastspiel Ad. Philipp:
100. New-York. Aufführung: SOUVENIERS. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise Ueber'n großen Teich.

Passage-Theater. Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Sonntag, 3. Wochentag 8 Uhr.
Lucia Krall, die berühmte Gesangs-Künstlerin.
Smeralda und Senitza, die unübertrefflichen Akrobaten-Längerinnen.
Jacques Bronn, Dumorist.
14 erstklassige Nummern.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour. Schwan in 3 Akten v. Antoinette Mars u. Leon Karrof. Deutsch v. R. Schönan. Sonntag, 26. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der selbige Tonbinel.

Palast-Theater Burgstr. 22, früher Feen-Palast. Bis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.
Heute große Elite-Vorstellung:
Dorf und Stadt. Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Blicker.
Gräfin Ida... Milly Wichmann a. G. Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert. Kleine Preise!
Morgen und folgende Tage: Wie man Weiber fesselt. Militär-Gesangsposse von Weillinger. Vor- und nachher: Spezialitäten und Schaunummern allerersten Ranges. Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

Volksgarten-Theater (früher Weimann). Freitag, den 24. Februar 1905: Keine Vorstellung.
Nächste Vorstellung Sonntag, 26. Febr. Nachmittags: Till Eulenspiegel. Abends: Verlorene Ehre. Schauspiel in 3 Akten von Dohmann-Riegen.

Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: Im Hafen.
Freitag, abends 8 Uhr: Familie Schlerke.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Haubenerche. Im Hafen.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Medea.
Sonntag, abends 8 Uhr: Im Hafen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Geizige. Hieraus: Hexensabbat. Sonntag, abends 8 Uhr: Fuhrmann Henschel.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Dichtung: Kron & Schönfeld. Belle Alliancestr. 7/8. Täglich abends 7 1/2 Uhr: Stürmischer Lacherfolg!
Belle Alliance-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Durchschlagender Lacherfolg!
Der Kilometerfresser Sonntag nachm. Charleys Tante. 8 Uhr: Des Meeres u. der Liebe Wellen.

Schluß der Saison am 7. März cr.
Zirkus Busch. Mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungs-Feerie
Katharina II. Außerdem: Mlle. de Holstein, Schutzein auf „Gentleman“, Hieraus das irische Jagdspferd „Milton“, Herr Ernst Schumann mit seinen neuesten Dressuren. Die französische Reiterfamilie Lecousson und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz. Internationalen
N. 7500.— Geldpreise in bar! Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Wegand. Beginn der Ringkämpfe jetzt 8 1/2 Uhr.
Morgen Sonnabend:
Herausforderungskampf des Herrn Aberg (Rußland) gegen N. Petroff (Bulgarien) um den gegenseitigen Einsatz der bereits deponierten je 500 Mark.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest. Internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Carl Weiß-Theater. Gr. Kanauerstr. 182. Täglich 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitän Grant. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Zum erstenmal: Hans im Glück. — Sonntag nachmittags 3 Uhr: Geld und Name.

W. Noacks Theater. Dichtung: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Zum letztenmal:
Der Bucllige oder: Die Nacht der Arbeit. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend: Keine Vorstellung.

Bernhard Rose-Theater Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Die Gastspiel-Vorstellungen finden in folgenden Etablissements statt:
Bernhard Rose-Theater. Stadt-Theater Moabit. Frühels Allertel-Theater. Etablissement Neues Welt. Schloß Weißensee. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf.

WINTERGARTEN
Die 4 Niards Akrobaten.
Diane de Fontenoy Lebende Bilder.
Die Snowdrops Engl. Tänzerinnen.
Rafayette Akrobatische Hunde und 10 erstklassige Nummern außerdem.

Gebrüder Herrfeld-Theater. Novität! Täglich: Novität!
Die Meyerhains. Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld.
Kommerzienrat Weherhain: Donat Herrfeld. Pseudonym: Herausgeber des „Scheinwerfer“.
Anton Herrfeld. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Otto Pritzlows Anormitäten-Ausstellung Wagnersstr. 16. Täglich Vorstellung
Die Riesin Hana, 485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!
Etablissement Buggenhagen Moritzplatz. Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest. KONZERT. Der dumme Max u. der kluge Hans. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger. Nach jeder Vorstellung im Kaiseraal: Tanz.

Zirkus Schumann. Heute Freitag, den 24. Februar, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Große brillante Extra-Vorstellung mit vorwieg. humor. Programm. Aufsteigen sämtl. Spezialitäten sowie Clowns und Auguste mit ihren neuesten urkomischen Entrees und Intermezzen.
Zum Schluß: Der Schläger der Saison:
Eine Nordlandsreise. Im Strahle der Mitternachts-Sonne. Größte Pracht-Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart. 7 hervorragende schöne Akteure. Sonntag: 2 gr. Borst., nachm. 3 1/2 Uhr (1 Kind frei):
Marocco, große Ausstattungs-Pantomime. Abends 7 1/2 Uhr:
Eine Nordlandsreise.

Skala-Theater. Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze, oder: Verschlafen. Poese mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf sowie 30 internat. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Sanssouci. Rollbühnen-Tor — Ent. der Hochbahn. Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen. Jeden Dienstag und Mittwoch: Theater-Abend. In Vorbereitung:
Don César, oder: König, Graf u. Strahlenfänger.

Elegante Masken-Garderobe empfiehlt zu den solidesten Preisen Fr. Panknin Oranienstr. 178, 2 Treppen rechts. Gute Adalbertstr.

Skrofulöse u. Lungenkranke sollen beim Beginn der kalten Jahreszeit nicht verfallen, eine Lebertran-Kur zu machen. 17762
Echt Bergener Lebertran wasserhell und wahlnehmend, in nur seltener Ware, 1/2 Fl. 1 Mk., 1/4 Fl. 1,00 Mk. Frankfurter Allee 120. Gubernstr. 46. Rixdorf, Hermannstr. 46.
Gustav Behm Das beste und beliebteste aller Hustenmittel sind die altbewährten, vorzüglich schmeckenden **Spitzwegerrichthast-Bonbons.** Bisher unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Katarrhen der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei **Gustav Behm, Frankfurter Allee 120, Gubernstr. 46 und Rixdorf, Hermannstr. 46.** 17772

Bade-Anstalten von H. Kalisch Bad Königstadt — Bad Landsberg Gollnowstrasse 41 — Landsbergerstr. 107
verabreichen
Dampf- und Russische, Elektrische, Lohannis-, ... Wannen- und alle medizinischen Bäder. ... Lieferant sämtlicher Krankenkassen. 1942L

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
Sitzung der Ortsverwaltung. Achtung! Einsetzer! Achtung!
Sonntag, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.
Tages-Ordnung: 80/11
1. Fortsetzung des Vortrages des Kollegen Georg Exner über: „Die Rechtsprechung in unseren gewerblichen Streitigkeiten.“
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Beschlüsse.
Ein jeder Verbandskollege, der als Einsetzer beschäftigt ist, wird verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen. Neue Mitglieder werden dort selbst aufgenommen.
Montag, den 27. Februar, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Sitzung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3.
Hierzu sind die Einsetzer von der Firma Büniger, Götter-Ufer, speziell die am Sonntag im Dom gearbeitet haben, verpflichtet zu erscheinen. Auch ist hierzu der Werkstätt-Vertrauensmann genannten Betriebes mit eingeladen.
Des Weiteren werden sämtliche Einsetzer, die bei der Friedrichshagener Bauergesellschaft beschäftigt sind, aufgefordert, bestimmt in dieser Sitzung zu erscheinen.
Die Kommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Charlottenburg. Sonntag, den 26. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung im Volkshause, Köpenickerstr. 3.
Tages-Ordnung:
Beschlusseffassung über die Herabsetzung der Beiträge. Verbandsangelegenheiten. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen Hören Staunen und weiter empfehlen.

Reichshallen. Täglich: Steffiner Sänger Anf. Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Wirds in den munteren Sälen sind stets 82 Jahre vorher zu haben

Wetzlarer Geld-Lotterie. Ziehung: 8. u. 9. März
4496 Geldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mark
320000 Hauptgewinn: Mark
70000 Originallose à 3 Mark. Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf. O. m. b. H., Bank-Gesellschaft Berlin W., Friedrichstr. 181. Filiale: O., Andreasstraße 46a.

Raucht Vineta No. 8 beste 2 Pf.-Zigarette!

